Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 148 — Dienstag, den 8. Juli 1919. — 45. Jahrg.

Die Entente in der Entente.

Nachdem im Spiegelsaal zu Versailles der Friedensvertrag unterschrieben war, begaben sich Wilson, Clemenceau und Lloyd George in ein anschließendes Gemach, um hier noch einen Sondervertrag zu unterschreiben, über den man sich anfangs vorsichtigerweise ausschwieg, der aber nichtsdestoweniger die Absichten unserer bisherigen Gegner in das helle Licht des Tages stellt. Es galt nicht mehr und nicht weniger als die Vereinigung der Entente, es galt eine Entente in der Entente zu gründen, und nichts ändert an dieser Tatsache die Bezeichnung „Garantievertrag", die man der neuen Koalition beilegte. Frankreich hat zweifellos auf diesem Vertrag bestanden, weil seine Forderungen über das linke Rheinufer so weitgehend waren, daß sie von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden konnten. Clemenceau hielt auch diesen Vertrag für eine der Sicherungen, von denen wir nun bereits genügend kennen gelernt haben.

Es ist eigentlich sehr ehrenvoll für uns, daß Clemenceau an Sicherungen gar nicht genug schaffen kann. Aber in Wirklichkeit liegt ja die Sache viel tiefer, in Wirklichkeit bedeutet eben dieser Vertrag die neue völkerbundsfeindliche Koalition. Es ist ein blutiger Hohn, daß Wilson, der sich doch so oft gegen irgendwelche Koalitionen im Völkerbund ausgesprochen hat, als erster an dieser neuen politischen Konstellation der Mächte mitwirkt. Aber nachdem er doch so offensichtlich von seinen übrigen Grundsätzen abgewichen ist oder abweichen mußte, wird ihm diese Änderung seiner Anschauung ja auch nicht viel Sorgen gemacht haben. Anders denkt man freilich über die Sache in Amerika selbst, denn durch diesen Vertrag ist Amerika immer an das Schicksal Europas gekettet, eine Angelegenheit, für die man sich in den Vereinigten Staaten bisher immer bedankt hat. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Schar derer, die in Amerika Gegner dieses Friedensvertrages sind, nicht an dem Bündnis so entscheidend Anstoß nehmen, daß sie den Friedensvertrag, der ja gleichzeitig mit diesem Garantievertrag ratifiziert werden soll, doch noch ablehnen. Man wird zwar als Trostmittel anführen, daß ein solcher Vertrag mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vielleicht sein Ende finden würde, aber man muß diese Hoffnung doch mit einem großen Fragezeichen versehen. Nach der Havasveröffentlichung soll als feindlicher Akt schon gelten, wenn Deutschland nach der Ansicht der Alliierten die sich auf die Rheinlande beziehenden Vertragsbestimmungen verletzt. Schon daraus ersehen wir, daß es sich nicht um einen Garantievertrag handeln kann, sondern um einen Vertrag, der als politisches Macht- und Druckmittel ausgenützt werden soll. Nach diesem Vertrag ist der Frieden nichts weiter, als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Deutschland und die Alliierten.

Vor der Ratifizierung des Friedens.

Lersner Vorsitzender der Friedensdelegation.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat von Lersner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Im Auftrage des Reichsministers des Äußern beehre ich mich, Ew. Exzellenz anzuzeigen, daß ich zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ernannt worden bin. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Frh. von Lersner."

Eine deutsche Anfrage an Clemenceau.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Legationsrat Frh. von Lersner, sandte dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die besetzten Gebiete zu ratifizieren sind. Ew. Exzellenz darf ich um Äußerung bitten, ob die alliierten und assoziierten Mächte diese Auffassung teilen. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifizierung des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutscherseits geschehen. Alsdann müßten für den Friedensvertrag und das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde, für die Vereinbarung eine zweite Ratifikationsurkunde ausgefertigt werden. Ew. Exzellenz würden mich durch eine baldige Antwort zu Dank verpflichten."

Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Aus Weimar wird berichtet: In parlamentarischen Kreisen erwartet man nach Mitteilungen der Regierung, daß unmittelbar nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung der erste Transport unserer Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehrt. Man scheint damit zu rechnen, daß schon am Donnerstag, also am Tage nach der Ratifikation, der erste Transport ankommt.

Neue Bedingungen für die Rückgabe der Kriegsgefangenen?

Aus Basel wird gemeldet: Zu der Freigabe der deutschen Gefangenen hört man, daß Frankreich an die Rücksendung eine Bedingung geknüpft haben soll, die für Deutschland schlechterdings nicht erfüllbar ist, und daß man in der deutschen Delegation in Versailles hofft, daß Frankreich von dieser Forderung abstehen werde. Es soll sich um eine gewisse, einige Hundert nicht übersteigende Anzahl von französischen Kriegsgefangenen handeln, die sich noch in Deutschland befinden sollen, deren Aufenthalt aber der deutschen Regierung selbst unbekannt ist und deren Rückgabe Frankreich fordert.

Dieses ungeheuerliche Gerücht, das mit einer weiteren Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen droht, ist bisher nicht bestätigt worden. Wir trauen der französischen Niedertracht und Rachsucht zwar jede Schurterei, jede Gemeinheit zu, — trotzdem würde uns diese Teufelei, die die Frontarbeit unserer Gefangenen eines nichtigen Vorwandes willen verlängern möchte — doch noch ins Innerste treffen. Wir vermögen es nicht, uns heute schon mit dieser Drohung ausführlich zu befassen, denn wir glauben — trotz allem — an den Menschen sogar im Franzosen.

Der Abbau der Kriegsmaßnahmen

nimmt seinen Fortgang, und am erfreulichsten ist es, zu erfahren, daß die Beschäftigung der Kriegsgefangenen im Aufbaugebiet seit 1. Juli eingestellt wurde. Die Kriegsgefangenen werden zu ihrem Abtransport in Sammellager gebracht. Im Saargebiet und in der Westpfalz sind weitere Züge mit deutschen Kriegsgefangenen eingetroffen. Etwa 8000 Gefangene und Kranke, welche im Saarbecken und in der Pfalz beheimatet sind, sind bisher aus Frankreich eingetroffen. Die Heimschaffung wird fortgesetzt, und zwar werden im Laufe der beiden nächsten Wochen auch solche Gefangene zurückbefördert, welche in der Gegend von Mainz, Worms usw. beheimatet sind. Die im Saarbecken eingetroffenen Gefangenen sagen aus, daß sie bei den Franzosen eine vorzugsweise Behandlung gegenüber den anderen deutschen Gefangenen genossen haben.

Die Sicherheitstruppen bleiben in der neutralen Zone.

Marschall Foch hat sich mit dem Verbleiben der gegenwärtig in der neutralen Zone befindlichen deutschen Sicherheitstruppen einverstanden erklärt.

Freie Bahn für den Handel.

Der „Daily News" zufolge hat die englische Regierung gestattet, daß die in England befindlichen Filialen deutscher Firmen wieder eröffnet werden und daß der Privattelegramm- und Handelsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und ihren englischen Filialen ungehindert vor sich gehen soll.

Aus dem Haag wird uns gedrahtet, daß die auf Befehl der Entente eingerichtete holländische Handelskontrollgesellschaft, die eine Blockadeinstitution gegen Deutschland bildete, in der nächsten Woche aufgehoben werden wird. Damit wird dann die freie Warenausfuhr über die holländische Grenze nach Deutschland freigegeben werden.

China unterzeichnet.

„Nieuws van den Dag" meldet aus Paris, daß die chinesische Delegation telegraphisch angewiesen wurde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und daß China damit in den Völkerbund aufgenommen werden kann.

Lansing demissioniert?

Nach einer Meldung aus London behauptet der New Yorker Korrespondent der „Daily News", daß der amerikanische Minister des Äußern Lansing seine Demission als Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation eingereicht habe. Sein Gesuch erregt in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen. Auch Oberst House, der jetzt nach London gereist ist, anstatt mit dem Präsidenten Wilson heimzukehren, werde allem Anschein nach nicht wieder an der Friedenskonferenz teilnehmen. Man befürchtet, daß die Vereinigten Staaten dadurch viel am Einfluß auf die Friedensverhandlungen einbüßen werden. Nach einer weiteren Meldung hat Wilson Lansing radiotelegraphisch zur Rückreise nach Amerika aufgefordert.

Rumänien im Gegensatz zu seinen Verbündeten.

Nach einer Drahtmeldung aus Genf hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu am Freitag Paris verlassen, um nach Bukarest zurückzukehren und dem König Ferdinand die Demission des Kabinetts zu überreichen. Wie die französischen Zeitungen mitteilen, handelt es sich um einen schweren Konflikt zwischen Rumänien und den Großmächten der Friedenskonferenz. Die Rumänen lehnen sich nicht nur gegen die neue Abgrenzung auf, sondern vor allem gegen die Absicht der Friedenskonferenz, in den Friedensvertrag mit Österreich die Klausel einzufügen, daß die Minderheiten des ehemaligen österreichisch-ungarischen Gebiets unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Diese Bestimmung dürfte zur Folge haben, daß die Gebiete mit ungarischer und deutscher Bevölkerung, die Rumänien zugesprochen werden, in Wirklichkeit unter den Schutz des Völkerbundes kommen. Rumänien erblickt darin eine Einschränkung seiner eigenen Unabhängigkeit.

Lloyd George und der Frieden von Versailles.

Auf jeden vernehm denkenden Menschen wirkt es unsäglich abstoßend, wenn sich jemand laut mit einem Siege und Erfolge brüstet, noch widerlicher ist es freilich, wenn jemand angesichts des wehrlos am Boden liegenden Besiegten ein lautes Triumphgeheul ausstößt. Das hat Lloyd George am Donnerstag im englischen Unterhause getan, als er in einer Rede, die wir bereits im Auszug wiedergegeben haben, sich lärmend seines Sieges über Deutschland gerühmt hat. Aus der jetzt im Wortlaut vorliegenden Rede sei folgendes noch wörtlich angeführt. Lloyd George sagte:

„Deutschlands Herrscher, der beinahe 30 Jahre die Macht in Händen hatte, ist nun ein Flüchtling, der bald vor einen Gerichtshof gestellt werden wird, dessen Mitglieder Vertreter derjenigen Länder sind, die er einzuschüchtern trachtete. Die Deutschland auferlegten Kriegslasten bedeuten mehr als die bloße Verpflichtung, Entschädigungen an die durch den Krieg besonders mitgenommenen Staaten zu zahlen. Es ist kein Zweifel darüber: Diese Bedingungen sind außerordentlich hart, aber sie sind auch gerecht. Wenn Deutschland Gebiete weggenommen worden sind, so war dies lediglich ein Akt der Wiederherstellung. Elsaß-Lothringen wurde mit Gewalt von einem Lande getrennt und einem anderen zugeteilt, dem die Bevölkerung nicht zugeneigt war. War es denn eine Ungerechtigkeit, diese Bevölkerung wieder zum ersten Staat zurückzubringen? Dann die schleswig-holsteinische Frage, der niederträchtigste aller Rechtsbrüche der Hohenzollern. Ich bin froh darüber, daß es nun doch zu einer Herstellung Schleswig-Holsteins gekommen ist."

Zu Polen sich wendend, sagte Lloyd George, daß die Polen außer Zweifel die Opfer der russischen und österreichischen Autokratie gewesen sind. Durch diesen Vertrag wird aufs neue die polnische Flagge über einem freien Volke gehißt. Lloyd George kam dann auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Danzig und derjenigen Gebiete zu sprechen, die geistig nicht zu Deutschland gehören.

„Ich frage jedes Mitglied dieses Hauses", fuhr Lloyd George fort, „ob wir eine Gebietsveränderung bezüglich Deutschlands vorgenommen haben, die nach dem Prinzip der Unabhängigkeit auch nur im geringsten als ein Unrecht angesehen werden könnte. Was die Entschädigung anbetrifft, so hätte es vollständig im Einklang mit der zivilisierten Rechtsauffassung gestanden, wenn man Deutschland die ganzen Kriegskosten auferlegt hätte. Es gab aber eine Grenze für die Gerechtigkeit, die Weisheit, für die Feststellung der Entschädigung, die wir verlangen konnten, und das war die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Was die Kolonien betrifft, so steht fest, daß Deutschland in verschiedenen Teilen Eingeborene schlecht behandelte. Südwestafrika wurde von Deutschland dazu benutzt, um von dort aus zu Aufständen aufzustacheln und Unruhen in den anderen Gebieten hervorzurufen. Andere Kolonien dienten als Basis, den Handel der übrigen Länder zu bedrohen und auszuschalten."

Wenn Lloyd George die bisherige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage als den „niederträchtigsten Rechtsbruch der Hohenzollern" bezeichnete, so zeigt er hier, daß er dieser schleswig-holsteinischen Frage mit den politischen Wickelkindes gegenüberstand. Nicht die Hohenzollern haben Schleswig-Holstein von Dänemark gelöst, sondern das schleswig-holsteinische Volk selber hat in drei schweren Kriegsjahren den Kampf um sein gutes Recht — das von der Entente so prahlerisch verkündete und dann so niederträchtig preisgegebene Recht der Selbstbestimmung — gegen Dänemark geführt und unterlag, weil es von Preußen, von den Hohenzollern im Stiche gelassen wurde. Das ist die geschichtliche Wahrheit. Und wenn der englische Premierminister davon spricht, „die polnische Flagge werde über einem freien Volke gehißt", so ist auch das ein dreister Schwindel. Die polnische Flagge wird nämlich in Posen und Westpreußen über einer entrechteten, verratenen und mit Füßen getretenen deutschen Bevölkerung gehißt. Das ist die historische Wahrheit, die wir der Entente täglich dreimal vor Augen halten müssen.

Und wenn Lloyd George schließlich davon salbadert, daß Deutschland in seinen Kolonien die Eingeborenen schlecht behandelt habe, so beschränkt er das ja selber sofort auf Deutsch-Südwestafrika, wo Deutschland der südafrikanischen Union gefährlich zu werden drohte. Was nun aber die Behandlung der Eingeborenen angeht, so wollen wir doch den alten Heuchler nur an drei Namen erinnern, die mit blutigen Lettern in der Geschichte Englands verzeichnet stehen: Indien, Ägypten und Irland, deren Einwohner allesamt hungern und darben müssen, damit der englischen Weltherrschaft dauernd neue Kräfte zugeführt werden. Ein Land, das dieses Skelett im Hause hat, sollte es sorgfältig vermeiden, die Frage der Eingeborenenbehandlung überhaupt nur anzuschneiden.

Neueste Nachrichten.

Zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Allgemeine Ztg." läßt sich zur Auslieferungsfrage des ehemaligen deutschen Kaisers und der deutschen Offiziere aus dem Haag melden: Nach amerikanischen Meldungen hat die Mitteilung Lloyd Georges, daß der Kaiser in London vor ein Gericht gestellt werden solle, die amerikanischen Delegierten der Friedensabordnung in Erstaunen gesetzt. Sie hätten nichts davon gehört, daß Wilson diesem Beschluß zugestimmt habe. Jedenfalls habe dann Wilson vergessen, die Delegierten hiervon in Kenntnis zu setzen. Auch wegen der auszuliefernden Offiziere sei noch nichts getan worden. Präsident Wilson habe am Tage der Abreise geäußert, daß noch kein bestimmter Beschluß gefaßt sei bezüglich der Ausführung der Strafbestimmungen des Friedensvertrages.

Ausdehnung der Revolution in Italien.

Basel, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Die aus Oberitalien einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Arbeiterbewegung in den oberitalienischen Städten bereits begonnen hat, einen ausgesprochenen politischen Charakter anzunehmen. Nicht nur in Florenz hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, sondern auch in Bologna und in zahlreichen Städten der Distrikte Toskana und Romagna. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben sich der politischen Gewalt bemächtigt und es ist jetzt eine immer mehr um sich greifende Bewegung in den Provinzen im Gange, um die Zentralregierung zu stürzen. Die Regierung versuchte, mit Truppen der Bewegung Herr zu werden. Diese aber warfen ihre Waffen weg und die Offiziere wurden zusammen gefangen gesetzt. Auch in Rom ist es bereits zu Lebensmittelunruhen gekommen. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung flüchtet und sucht französische Häfen zu erreichen.

Hierzu wird uns noch aus Lugano, 7. Juli, gemeldet: Die revolutionäre Bewegung in Ober- und Mittelitalien dauert an. In Florenz wurden mehrere hundert Personen, die sich an den Protesten beteiligten, verhaftet. Es sind darauf erneute Unruhen und Plünderungen vorgekommen. In einigen Stadtteilen wurde Feuer angelegt. Auch am gestrigen Sonntag fanden in Florenz große Kundgebungen der Republikaner und Sozialisten statt, über deren Verlauf noch nichts bekannt geworden ist. Die Arbeiterausschüsse requirieren weiter auf eigene Faust auf dem Lande Lebensmittel. Der Präfekt der Provinz ist zur Disposition gestellt. Die Zeitungen erscheinen nicht. In Brescia wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei zahlreiche Personen verwundet. In Bologna herrscht großer Lebensmittelmangel. In Genua drohen die Gewerkschaften den Generalstreik an. Der Zentralverband der italienischen Hafenarbeiter kündigte den Sympathiestreik an, zugunsten der streikenden Hafenarbeiter in Brescia, wenn deren Bedingungen nicht erfüllt würden.

Waffenruhe im Eisenbahnerstreik!

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Im Eisenbahnerstreik scheint nach den letzten Nachrichten Waffenruhe eingetreten zu sein. Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. und in Darmstadt ist wieder aufgenommen worden. Auch in Hannover scheinen die Arbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen. Wie sich der Streik in Hamburg entwickeln wird, läßt sich noch nicht sagen, da die Versammlung der Vertrauensmänner der Hamburger Eisenbahner erst heute nachmittag stattfindet. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist der Ansicht, daß es bald zu neuen Eisenbahnerausständen kommen wird, sobald die sogenannte geheime Streikleitung den Augenblick hierzu für gegeben erachtet. Seit Aufhebung der Streiks hat sich die Lebensmittelversorgung Berlins gebessert, was sich besonders in der Milchlieferung bemerkbar macht. Leider haben sich streikende Eisenbahnarbeiter im Hannoverschen Bezirk zu Akten der Sabotage hinreißen lassen. Sowohl auf der Strecke Hannover—Linden wie auf der Linie Hannover—Göttingen haben die Streikenden auf offener Strecke Waggons abgekoppelt und stehen lassen, um so jeden Transport unmöglich zu machen. Ebenso haben sie Arbeiter aus den Stellwerken herausgeholt. Der Bahnhof in Hannover wurde militärisch besetzt. Mit militärischen Kräften sollen auch die Strecken wieder frei gemacht werden. Auch der Bahnhof in Lehrte ist von Regierungstruppen besetzt worden.

Aus Hannover, 7. Juli, wird uns noch gemeldet: Rasch Lahmlegung des Betriebes von Hannover nach Hamburg, Berlin und Braunschweig haben die streikenden Eisenbahnarbeiter auch den Verkehr nach Wunstorf und Nordstemmen stark beeinträchtigt.

Der Gesterhut der Franzosen.

Stuttgart, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Badische Landeszeitung meldet aus Mannheim: Auf der Ludwigshafener Seite der Rheinbrücke hier haben die Franzosen seit gestern eine Art Gesterhut errichtet. Die Schuhleute wurden angewiesen, vor der französischen Fahne, die jeden Morgen hochgezogen wird, zu salutieren. Sogar die Schuhleute, die für die Ordnung zu sorgen haben, haben sich dieser Anordnung zu fügen. Inzwischen wurde dieser Befehl noch erweitert und auch die Passanten der Brücke müssen nunmehr die feindliche Fahne grüßen.

Die Franzosen setzen den Marktkurs herab.

Karlsruhe, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Kurs der deutschen Mark ist für das Gebiet der 8. französischen Armee — Rheinpfalz — von 48 auf 40 Centimes herabgesetzt worden.

Das Gerichtsverfahren gegen den deutschen Kaiser.

Laut „Nieuwe van den Dag" meldet „Central News Agency": Der Kaiser wird wahrscheinlich ein Haus in der Nähe von London als Aufenthaltsort angewiesen erhalten. Er wird während des Prozesses von einer bewaffneten Wache bewacht und jedesmal nach London geleitet werden. Man wird dem Kaiser erlauben, sich von einem deutschen Advokaten vertreten zu lassen. Ein britischer Kreuzer wird nach den Niederlanden gesandt werden, um den Kaiser nach England zu bringen. Falls er schuldig befunden würde, soll er verbannt und unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden.

Der Amsterdamer „Telegraaf" meldet aus London: Einer dortigen Nachrichtenagentur zufolge hätten die amerikanischen Delegierten ihre Zustimmung zu dem Prozesse gegen den vormaligen deutschen Kaiser unter der Voraussetzung gegeben, daß er in London stattfindet, daß ein geordnetes Gerichtsverfahren gewährleistet ist, und daß kein Todesurteil ausgesprochen wird. Wahrscheinlich wird der Prozeß im englischen Oberhaus, dem höchsten englischen Gerichtshof, geführt werden.

Prinz Eitel Friedrich an den König von England.

Des Kaisers Söhne stellen sich für ihren Vater zur Verfügung.

Aus Potsdam wird gemeldet: Prinz Eitel Friedrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gerichtet: Sr. Majestät des Königs von Großbritannien und Irland! In Ausübung selbstverständlicher Sohnes- und Offizierspflicht stelle ich mich mit meinen vier jüngeren Brüdern Ew. Majestät an Stelle meines kaiserlichen Herrn Vaters für den Fall seiner Auslieferung zur Verfügung, um ihm durch unser Opfer den entehrenden Gang zu ersparen.

Im Namen der Prinzen Adalbert, August Wilhelm, Oskar und Joachim von Preußen. Prinz Eitel Friedrich von Preußen.

U-Boots-Kapitäne auf der Strafliste.

Die britische Admiralität reichte, wie aus Amsterdam gemeldet wird, die Liste von 71 deutschen Marine- oder anderen Offizieren ein, darunter viele Unterseebootskommandanten, die besonders barbarischer Taten beschuldigt werden: u. a. wird ihnen das Bombardieren offener Hafenstädte der englischen Küste und Minenlegen unter ungesetzlichen Umständen vorgeworfen. Einige auf der Liste Genannten befinden sich in den Händen der Engländer. Alle alliierten Regierungen stellten eine eigene Liste von Personen auf, die ausgeliefert werden müssen. Die vollständige Liste wird der deutschen Regierung innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mitgeteilt.

Der englische Hochmut.

Der schamlose Hochmut, mit dem England die deutsche Volkswürde mit Füßen tritt, äußert sich in den englischen Pressestimmen über die Aburteilung des Kaisers. Die öffentliche Anklage des aus fünf Richtern bestehenden Gerichtshofes soll Sir Gordon-Heward als Generalstaatsanwalt führen. Der Kaiser soll durch einen deutschen und einen britischen Rechtsanwalt verteidigt werden. Die „Times" bemerken dazu, daß das Verfahren gegen den Kaiser seit Maria Stuart der erste Fall ist, daß ein fremder Souverän auf englischem Boden abgeurteilt wird.

Zur Lage im Reiche.

Preußens Schicksal vor der Entscheidung?

Das preußische Kabinett und die Führer der preußischen Fraktionen waren am Sonnabend zu Besprechungen in Weimar, deren wesentlichen Inhalt wir bereits zu zeichnen versuchten. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden. Die Besprechungen sollen am Dienstag wieder aufgenommen werden. Aber die Dinge sind wohl soweit gediehen, daß man von einem bevorstehenden Ende Preußens sprechen kann. Die preußische Regierung ist bereit, dem Rheinland, Niedersachsen und Schlesien eine weitgehende Autonomie zu gewähren, so daß sie fast die Selbständigkeit eigener Bundesstaaten erhalten sollen. Da gleichzeitig im allgemeinen auf kulturellem Gebiet allen Provinzen das Recht verliehen werden soll, die Ausgestaltung ihres Schulwesens, einschließlich des Religionsunterrichts, selbständig zu regeln, wird das Gefüge Preußens durch diese parallel laufenden Konzessionen so stark erschüttert, daß man schon berechtigt ist, von dem Ende des Staates Preußens zu sprechen. Noch befindet sich freilich alles im Fluß, aber es scheint, als ob die Entwicklung sehr rasch vor sich geht.

Wieder eine Republikbildung?

Nach Meldungen aus Mainz sind neue Putsche zur Ausrufung einer Republik Rheinpfalz und Rheinland zu erwarten. Die Franzosen benutzten zur Erreichung ihrer Ziele eifrig ihren Werbefonds. Aber die Bevölkerung ist entschlossen, jeden gewaltsamen Versuch, der auf Lostrennung der Rheinlande und der Pfalz von Deutschland abzielt, mit allen Mitteln abzuwenden. Der Koblenzer Vertreter der „Daily Chronicle" telegraphiert, daß eine neue deutsche Republik, bestehend aus der Rheinprovinz, Hessen, Hessen-Darmstadt und der Rheinpfalz, mit dem Regierungssitz in Darmstadt, im Entstehen begriffen sei. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Hessen-Darmstadt, Ulrich, soll Präsident der neuen Republik werden, die eine deutsche Bundesrepublik sein soll.

Protest der hannoverschen Partei gegen Verdächtigungen.

Die deutsch-hannoversche Partei erließ, wie aus Weimar berichtet wird, ein Rundschreiben an die Mitglieder der Nationalversammlung, in dem auf das allerschärfste gegen die Verdächtigung protestiert wird, daß sie mit englischer Hilfe eine Loslösung Hannovers vom Reiche anstreben. Sie erklärten, nach wie vor fest zum Deutschen Reich zu halten, und was sie anstreben, sei lediglich ein freies Hannover im freien Deutschen Reich.

Gegen die Besetzung Oberschlesiens durch Polen.

Nach einer Meldung aus Beuthen traten Vertreter aller politischen Parteien zu einer Versammlung zusammen, in der beschlossen wurde, in den nächsten Tagen in ganz Oberschlesien Kundgebungen zu veranstalten, in denen die Besetzung Oberschlesiens durch amerikanische Truppen gefordert und gegen die Besetzung durch Hallersche Truppen protestiert werden soll.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Wiesbaden: Der stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Springorum, hat gegen seine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis und 6000 M Geldstrafe Berufung eingelegt. Er ist einstweilen vom Amt suspendiert und hat sich der französischen Regierung gegenüber verpflichten müssen, Wiesbaden nicht zu verlassen.

*

Fortdauer der Streiks und Unruhen.

Gescheiterte Einigung im Straßenbahnerstreik in Berlin.

Die Verhandlungen vor dem Vollzugsausschuß wegen des Straßenbahnerstreiks sind auf einem toten Punkte angelangt, so daß der Streik weiter dauert. Über die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat teilte in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte Vollzugsrat Maltzahn mit, daß die Vertreter der Arbeitgeber einen sehr herrischen Standpunkt angenommen hätten. Die Verständigung sei außerordentlich erschwert worden durch die Haltung des Vertreters des Reichsarbeitsamtes, der sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt habe. Wäre dies nicht geschehen, dann hätte wohl eine Verständigung sich erreichen lassen. Leider hätte auch der Eisenbahnminister zugunsten der Arbeitgeber eingegriffen. Diese Begründung ist aber keineswegs stichhaltig, da vielmehr gerade die Arbeitgeber erklärt haben, sich dem Urteilsspruch des Schiedsgerichtes vor dem Hauptausschuß fügen zu wollen, die Arbeitnehmer dagegen es ablehnten, sich unbedingt dem Urteilsspruch zu unterwerfen und sich eine Hintertür offen ließen, indem sie sich nur dazu verpflichten wollten, die Annahme des Schiedsspruches der Organisation zu empfehlen. Es wird nun von der weiteren Stellungnahme der Streikleitung abhängen, ob überhaupt noch Verhandlungen möglich sein werden.

Verschärfte Streiklage in Hannover.

Zur Streiklage im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover wird mitgeteilt, daß sich diese wieder etwas verschärft hat. Einzelne Züge fahren noch. Der Personenverkehr wird ungefähr zur Hälfte aufrecht erhalten. Es ist aber zweifelhaft, ob er sich weiter in demselben Maße wird durchführen lassen. Güterzüge verkehren nur in ganz beschränktem Umfange. Die streikenden Arbeiter haben erklärt, daß sie Lebensmittelzüge durchlassen werden.

Die Lage in Hamburg.

Die „Hamb. Nachr." melden: Die Besetzung Hamburgs durch Reichswehrtruppen war noch nicht vollständig. Freitag vormittag marschierten die Reichswehrbrigade Nr. 4, Infanterie, Artillerie, Maschinengewehrzüge usw., in Hamburg mit klingendem Spiel ein. Die Brigade soll den Hamburger Freihafen besetzen. Die Aufräumungsarbeiten im Justizgebäude haben ergeben, daß der Betrieb infolge der Plünderungen in den Gerichten vorläufig fast völlig lahmgelegt ist. Das Aktenmaterial fehlt fast vollständig. In den Kassen der Staatsanwaltschaft beläuft sich der Schaden an Sparkassenbüchern und barem Gelde auf fast eine Viertelmillion Mark. Ferner sind Wäsche, Kleidungsstücke und andere Sachen von nicht abschätzbarem Wert gestohlen worden. Außerdem ist festgestellt worden, daß sämtliche Stempel und Aktenformulare gestohlen worden sind. Zwei Fälschungen, die mit diesen gestohlenen Sachen hergestellt waren, sind bereits aufgedeckt worden. Von den gewaltsam befreiten Insassen des Untersuchungsgefängnisses fehlen noch 378 Personen, darunter 80 Schwerverbrecher. Die sozialdemokratische Partei in Hamburg hat die Arbeiterschaft im Hafen aufgefordert, der Streikpropaganda energisch entgegenzutreten.

In Hamburg ist die Lage nach wie vor ernst. Eine Entscheidung, die in einer am Sonntagnachmittag im Bahnhof abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner erwartet wurde, ist noch nicht gefallen, da das dem Eisenbahnminister gestellte Ultimatum erst im Laufe des Montags abläuft und die Entscheidung demnach erst am Montagabend fallen soll. Gefordert wird außer einer Entschuldungszulage eine Stundenzulage von 1 M, Senkung der Lebensmittelpreise, Einführung des Rätesystems nach den Jenaer Richtlinien. Die Züge nach Berlin wurden Sonnabendabend und in der Nacht zum Sonntag abgelassen und sind dort auch angekommen. Desgleichen sind die Berliner Züge in Hamburg angekommen, trotzdem in Wittenberge und Ludwigslust bereits gestreikt wird. Auch in der Nacht zum Montag sollen die Züge wieder abgelassen werden, es ist aber fraglich, ob sie ankommen werden. Jedenfalls wird versucht werden, den Verkehr aufrechtzuerhalten.

Zur Lage in Hamburg selbst wird weiter gemeldet: General von Lettow-Vorbeck hat angeordnet, daß der Verkauf von Zeitungen, deren Erscheinen nicht verboten ist, durch die Truppen nicht gehindert und erschwert werden darf. Der Hamburger „Volkszeitung" (U. S. P.), die bekanntlich wegen Beleidigung der Regierungstruppen verboten worden war, ist das Erscheinen wieder gestattet worden, nachdem sie sich verpflichtet hatte, in einer Erklärung gegen die Beleidigung der Regierungstruppen und Verhetzung der Bevölkerung selbst Stellung zu nehmen.

General von Lettow-Vorbeck

macht bekannt, daß für das ruhige Verhalten des größten Teiles der Hamburger Einwohnerschaft vom 5. Juli ab für das Gebiet des Belagerungszustandes von Großhamburg und Umgebung das Verbot des nächtlichen Passierens öffentlicher Straßen und Plätze aufgehoben und die Polizeistunde auf 10 Uhr festzusetzen ist. Infolgedessen trat bereits Sonnabend-Morgen eine merkliche Erleichterung des Straßenverkehrs ein. Mit Ausnahme der Absperrungen um den Hauptbahnhof fielen sämtliche Sperrlinien, so daß ein unbehinderter Verkehr stattfinden konnte. Mit der Durchsuchung der Häuser nach Waffen wird fortgefahren.

Zugverkehr zwischen Hamburg—Berlin gesichert.

Hamburg, 7. Juli. Die Unterbrechung des Zugverkehrs Hamburg—Berlin in Ludwigslust ist nur von kurzer Dauer gewesen. Wie wir erfahren, wickelt sich der Zugverkehr heute glatt ab. Eine Versammlung der Eisenbahner, die sich mit den bekannten Berliner Forderungen beschäftigte, kam zu keinem Entschluß. Heute soll in einer Eisenbahnerversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Hamburger Eisenbahner fallen.

Streikabbruch in Frankfurt.

Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt a. M. ist am Sonntag abgebrochen worden. Der Betrieb ist Sonntag abend 10 Uhr auf allen Strecken wieder aufgenommen worden. Die Vertrauensleute der streikenden Eisenbahner hatten in zwei Sitzungen am Sonnabend und Sonntag beschlossen, den Streik abzubrechen. Dieser Beschluß wurde von einer Versammlung der Streikenden, die am Sonntagnachmittag abgehalten wurde, gutgeheißen. Wie die Redner in den Versammlungen erklärten, beharren die Arbeiter auf den Forderungen, die sie bereits seit einiger Zeit gestellt haben, insbesondere auf der Durchführung des Rätesystems im inneren Betrieb der Eisenbahn. Sie haben sich aber bereit erklärt, mit dem Minister Oeser über diese Punkte zu verhandeln. Weiter wurde erklärt, daß die Arbeiter entschlossen seien, ihre Forderungen eventuell mit einer neuen Aktion, die sich über das ganze Reich erstrecken soll, durchzusetzen. Die Arbeiter lehnen es ab, in Zukunft mit der Beamtenschaft gemeinsam vorzugehen, da die Beamten ihnen bei dem jetzt abgebrochenen Streik in den Rücken gefallen seien. In Zukunft hätten sich die Beamten den Beschlüssen der Arbeiterschaft zu fügen.

2500 Verhaftungen in Dortmund.

Wegen Beteiligung an Plünderungen sind bisher rund 2500 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Kommunisten hetzen zum Bergarbeiterstreik, wenn die Truppen nicht abrücken. Die aus dem Gefängnis in Hamm befreiten Schwerverbrecher konnten bei ihrer Ankunft in Dortmund wieder festgenommen werden. Alle Unruhen und Plünderungen in der hiesigen Gegend sind von ein und derselben Bande angezettelt worden. Abgesehen von den militärischen Posten, die die Stadt durchstreifen, zeigt die Stadt ihr gewöhnliches Aussehen. Auch der Verkehr wickelt sich in den alten Formen ab. Die Werke haben die Arbeit wieder aufgenommen und arbeiten sämtlich voll. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten, sowie der Aktionsausschuß und die Gewerkschaften richteten eine Warnung an die Arbeiter, sich von den Kommunisten nicht mißbrauchen zu lassen. In Hombruch erstreckten sich die vorgenommenen Plünderungen auch auf Privateigentum.

Lebensmittelunruhen in Cöthen.

Cöthen, 5. Juli. Gestern nachmittag wurden von einer Volksmenge Lebensmittelgeschäfte geplündert und die Inneneinrichtung eines Hotels zerstört. Die Polizei beschlagnahmte in einer hiesigen Zigarrenfabrik größere Mengen Reis, die zu billigen Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden sollen. Für heute ist die Bildung einer Arbeiterwehr geplant.

Der Bahnhof in Wittenberge von Regierungstruppen besetzt.

In Wittenberge haben Regierungstruppen den Bahnhof besetzt und den Verkehr der Lebensmittelzüge wieder in Betrieb genommen. Die technischen Abteilungen der Regierungstruppen haben in vollem Umfange es ermöglichen können, daß die Lebensmittelzüge am Sonntagnachmittag wieder abgehen konnten. Es war hauptsächlich eine größere Anzahl Lebensmittelzüge nach Berlin auf der Strecke liegen geblieben, so daß die Lebensmittelversorgung Berlins dadurch in große Gefahr gekommen wäre. Die Eisenbahner streiken weiter.

Neue Unruhen in Kattowitz.

Beuthen, 7. Juli. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost" aus Kattowitz meldet, kam es dort am Sonntag nachmittag 2 Uhr zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenkundgebung, durch die gegen die Besetzung Oberschlesiens durch die Armee Hallers Einspruch erhoben und dem Wunsche Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberschlesien durch amerikanische Truppen besetzt werde. Gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten und Soldaten des Grenzschutzes gingen die aus der weiteren Umgebung, zum Teil auf Leiterwagen, nach Kattowitz gekommenen Polen gewaltsam vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzter zu verzeichnen.

*

Zum Abschied Hindenburgs.

Das Präsidium des Reichsbürgerrates an Hindenburg.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats richtete an Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgende Drahtung: In schwerer Notstunde des Vaterlandes wurden Ew. Exzellenz sein Retter. Dem Schützer seiner fruchtspendenden Fluren vor herheerendem Feindeseinbruch, dem Hüter des kriegsumlohten deutschen Hauses und seinem Bewahrer vor Kriegsgrausen und Elend folgt unauslöschlicher heißester Dank, wie auf siegumleuchtendem Feldherrnpfad, so auf dem Heimweg von ruhmüberglänzter Wahlstatt. Ob er im Schattental der tiefsten deutschen Traurigkeit auch mündet, dennoch bleibe die Treue des ganzen deutschen Volkes Ew. Exzellenz nie weichender Weggenosse. War Hindenburg unsere Losung und Feldgeschrei in 4 harten Jahren der Schicksalsnot und Kriegswetter, so soll fortan im gleichen Wort und Klang Vaterland und hoffende deutsche Treue sich weiter künden und fortkünden bis in die Zukunft, die im neuen Erstehen Schmach und Trauer dieser Gegenwart vergessen machen wird. Das deutsche Bürgertum grüßt aus dieser Besinnung und Hoffnung Ew. Exzellenz in nie wankender Treue und Dankbarkeit.

Der Dank des Kriegsministers Reinhardt.

Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg wurde bei seiner Abreise aus Kolberg folgendes Schreiben des preußischen Kriegsministers überreicht:

Das beigefügte Dienstschreiben mit der Aufhebung der Mobilmachungsbestimmungen Eurer Exzellenz beehre ich mich im Namen der preußischen Armee zu begleiten mit der Versicherung des unauslöschlichen Dankes, den wir dem bewundernswerten Feldherrn, dem vielgeehrten und -geliebten Soldaten, dem einzigartigen treuen deutschen Manne aus tiefstem Herzen entgegenbringen. Wenn endlich wieder einmal aus den jetzigen dunklen Wolken die Sonne hervorbrechen mag, dann werden sich die großen Taten des deutschen Volkes und Heeres klarer und heller wieder erkennen lassen, und dann werden auch die Führer den kommenden Geschlechtern als Vorbilder leuchten, an ihrer Spitze unser Generalfeldmarschall von Hindenburg. Möchte doch diese Sonne auch dem Lebensabend Eurer Exzellenz mehr Licht und Wärme gewähren, als es die Sturmtage der Gegenwart uns Deutschen bieten. Das ist unser heißer Wunsch in dieser Abschiedsstunde.

Die Nationalversammlung und der Rücktritt Hindenburgs.

Die Deutsche Volkspartei hat in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, die Nationalversammlung wolle beschließen, folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu senden:

„Als Vertreterin des deutschen Volkes spricht die Deutsche Nationalversammlung Eurer Exzellenz den heißen Dank der Nation für die unauslöschlichen Verdienste aus, die Sie sich in fünf Jahren hingebungsvoller Arbeit um das Vaterland erworben haben. Der Name Hindenburg ist dem deutschen Volke in schwerer Zeit der Inbegriff des Schutzes und Schirmes, er leuchtet durch die Geschichte gewaltiger Leistungen und Taten eines gegen die Übermacht von Feinden ringenden Volkes. In all den Jahren des Kampfes waren Sie, Herr Generalfeldmarschall, das leuchtende Vorbild treuester deutscher Pflichterfüllung, die auch in den Zeiten der Not und des Zusammenbruchs bis zum letzten Augenblick aushielt. Nun Eure Exzellenz von dem hohen Führeramt scheiden, folgt Ihnen der Dank des hartgeprüften Volkes in die Stille eines — so Gott will — gesegneten Lebensabends. Der Name Hindenburg wird für alle Zeiten als der eines Großen in den Herzen und in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben.

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung."

Der Präsident der Nationalversammlung hatte es abgelehnt, den Antrag der Deutschen Volkspartei schon am Freitag zur Abstimmung gelangen zu lassen. Es wird daher über ihn zunächst im Ältestenausschuß beraten werden.

Politische Übersicht.

Lebensmittelunruhen in Italien.

Paris, 7. Juli. Gestern war nach Mailänder Zeitungsmeldungen Florenz der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Die von dem Florentiner Präfekten angeordnete Herabsetzung der Preise hatte das vollständige Verschwinden der Lebensmittel von dem Markte zur Folge. Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittelitaliens zu heftigen Konflikten zwischen den Gutsbesitzern und den Abgesandten der Arbeitskammern, die im Automobil Lebensmittel zu beschlagnahmen suchten. Die Gutsbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch von dem Lande zahlreiche Verwundungen gemeldet werden.

Unruhen in Portugal.

Lissabon, 7. Juli. (Havas.) Die Regierung hat die Verhaftung der Führer der gegenwärtig im Ausstand befindlichen Eisenbahnersyndikate angeordnet, da sie überzeugt ist, daß die Streikenden nach Vollbringung von Sabotageakten dem Aufstande einen revolutionären Charakter geben wollen. Der Präsident der Republik hatte mit dem Ministerpräsident über die Lage eine Unterredung.

Deutschland.

— Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund. Am Sonnabend genehmigte der Gewerkschaftskongreß mit großer Mehrheit nach stundenlanger Debatte die von der Vorständekonferenz aufgestellten Satzungen eines Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Damit ist der Bund gegründet, der an die Stelle der bisherigen Generalkommission tritt. Der Kongreß nahm sodann mit großer Mehrheit die Wahlvorschläge der Vorständekonferenz zum Bundesvorstand an. Legien wurde mit 428 Stimmen zum 1. Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 7. Juli. In der vergangenen Nacht wurde ein Landesjäger an der Stelle, auf der er Posten stand, erschossen aufgefunden. — Bereits vor etwa 14 Tagen soll in der Nähe des Gertraudenfriedhofes ein Landesjäger erschossen worden sein.

† **Halle**, 7. Juli. Zur wirksameren Verfolgung der Vergehen gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere des Schleichhandels und des Wuchers, ist bei der Polizeiverwaltung eine besondere Abteilung gebildet worden, die die Bezeichnung „Abteilung B" führt.

† **Quasnitz**, 7. Juli. Sein 90. Lebensjahr vollendete dieser Tage der älteste hiesige Einwohner, Kantor R. Oertel, früher Kirchenschullehrer in Hänichen mit Quasnitz. Seit 1797 ist dieses Amt ununterbrochen von Gliedern seiner Familie verwaltet worden. Der noch immer rüstige und weithin bekannte und beliebte Jubilar ist nach 43jähriger Amtstätigkeit, davon 36 Jahre auf Hänichen fallen, 1894 in den Ruhestand getreten.

† **Leipzig**, 7. Juli. Die Gründung einer Einwohnerwehr ist in der Stadverordnetensitzung abgelehnt worden, da die beiden sozialistischen Parteien für sie nicht zu haben waren. Einen vermehrten Schutz für die Einwohnerschaft dem lichtscheuen Gesindel gegenüber will man nunmehr durch eine starke Vermehrung der Schutzmannschaft schaffen.

Merseburg und Umgegend.

7. Juli.

** Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 Von jetz ab werden beim Postamte Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 auf Verlangen an das Publikum abgegeben. Die Marken werden nur in beschränktem Umfange und für eine beschränkte Zeit vertrieben und haben als besondere Ausgabe nur im inneren Verkehr — Reichspostgebiet, Bayern und Württemberg — nicht aber im Auslandsverkehr Gültigkeit.

** **Verlängerte Gasabgabe.** Da sich die Kohlenzufuhr gebessert hat, erfolgt von jetzt ab bis auf weiteres Gasabgabe von 5 Uhr früh bis 2 Uhr mittags und von 7 Uhr abends bis 11 Uhr nachts. Sollte jedoch die Kohlenzufuhr wieder schlechter werden, dann kann die Abgabe nur nach den Zeiten der letzten Bekanntmachung stattfinden.

** **Die Aufhebung des Heiratsverbots der Beamtinnen und Lehrerinnen** ist im Ausschuß der Preußischen Landesversammlung beschlossen worden.

** **Erhöhung von Postgebühren.** Vom 10. Juli ab wird eine Anzahl von Postgebühren erhöht, wie eine Bekanntmachung des Reichspostministers bestimmt. Die Eilbestellung von Briefsendungen, Postanweisungen, Wertbriefen, Ablieferungsscheinen und Postpaketen wird im Ortsbestellbezirk 50 ₰ (statt 25), im Landbestellbezirke 100 ₰ (60), von Paketen 75 und 150 ₰ kosten. Die Gebühr für Bestellung von Paketen bis 5 Kilogramm wird 30, für schwerere 40 ₰ betragen. Desgleichen sind erhöht die Gebühren für die Bestellung von Wertsendungen und für das Abtragen der Postanweisungen. Vom 1. Okt. ab werden auch für das Abtragen der Zeitungen und Zeitschriften höhere Gebühren erhoben werden.

** **Mißbrauch der Marineuniform.** Wie sehr die Marineuniform im Binnenlande mißbraucht wird, zeigt folgende Meldung: In einer Großstadt Mitteldeutschlands wurden im Juni anläßlich eines in Aussicht stehenden Putschversuches auf Anordnung des militärischen Oberbefehlshabers alle Personen, die Marineuniform trugen, zur Feststellung ihrer Personalien verhaftet. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß von etwa 400 festgenommenen Leuten nur 50 tatsächlich Marineangehörige waren, während alle übrigen zu Unrecht die Marineuniform trugen.

** **Ein Militärtransport**, dem Anschein nach bayerische Truppen, mit allem Nötigen ausgerüstet, passierte Sonntag vormittag die hiesige Station in der Richtung nach Halle.

** 50 Zentner Zement gestohlen wurden dem Maurermeister Günther von hier aus seinem Zementlager in Kriegsdorf.

** **Tivoli-Theater.** Zwar gab es nicht „Die tolle Komteß", wie angekündigt war, denn Fräulein Moser war plötzlich erkrankt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190708-19/fragment/page=0002

dafür aber einen tollen Schwank „Wo die Liebe hinfällt“, der das zahlreiche Sonntagspublikum auf das Beste unterhielt und mit seinen drastischen Situationen lautes Gelächter und rauschenden Beifall hervorrief. Die alle Männer entzückende Bella wurde von Janna Gnauck kokett und temperamentvoll gegeben, so daß man die Verliebtheit ihrer Verehrer voll begreifen konnte. Walter Mey spielte den alten Baron vorzüglich, der erst alles für sehr eigenartig hält, was nicht zu seinen Standesvorurteilen stimmt, dann aber in die schöne Bella so verliebt ist, daß sein Verhalten selbst höchst eigenartig erscheinen muß bis zum Schluß, wo er sich gar mit ihr verlobt. Bellas geschiedenen Mann Nr. 1 stellte Wilhelm Dammann sicher und gewandt dar, ihren hoffnungslosen Liebhaber ebenso Erwin Schoengardt. Besonders erheiternd wirkte Hermann de Val als Brasilianer und geschiedener Mann Bellas Nr. 2. Seine Zornesausbrüche riefen wahre Lachsalven hervor. Eine vortreffliche Leistung war auch der italienische Musiker, wie ihn Carl Gebhardt herausbrachte. Die anderen Rollen traten dagegen in ihrer Wirkung erheblich zurück, sie waren aber auch gut besetzt. So brachte der Abend trotz der Unpäßlichkeit von Fräulein Moser dem Publikum eine gute Unterhaltung. Hoffentlich kann „Die tolle Komteß“ am Dienstag gegeben werden. Fr.

** Tivoli-Theater. Am Dienstag findet die Erstaufführung von Walter Kollos neuester Operette „Die tolle Komteß“, welche sich durch ihren Melodienreichtum und ihren humorvollen Dialog überall der größten Beliebtheit erfreut, statt. — Am Donnerstag findet ein literarischer Schauspiel-Abend statt. Zur Aufführung kommt Hebbels bürgerl. Trauerspiel „Maria Magdalena“.

*

Der Trauersonntag.

Zu dem von der kirchlichen Oberbehörde Preußens anberaumten Trauertag am 6. Juli aus Anlaß des niederbeugenden Friedensschlusses von Versailles richteten die Generalsuperintendenten der Altpreußischen Provinzen an die evangelischen Gemeindeglieder nachstehende Ansprache, die am Sonntag von den Kanzeln verlesen wurde:

„In der Stunde tiefster Demütigung unseres Volkes wenden wir uns an die evangelischen Gemeinden unserer Landeskirche mit einer dreifachen Bitte!

Die erste: Das Deutsche Reich und seine Herrlichkeit ist zerbrochen, eine Zeit des Druckes und der Ohnmacht steht uns bevor. Aber unerschüttert bleibt das Reich unseres Gottes. Sein Fuß ist auch in den großen Wassern. Darum laßt uns festhalten an dem Glauben, der die Welt überwindet, an dem lebendigen Gott und dem, den er gesandt hat, Jesus Christus!

Und wenn wir wehrlos uns den grausamen und unerhörten Bedingungen unserer Gegner unterwerfen müssen — unmöglich ist es, das Letzte und Einzige, was uns bleibt, preiszugeben: unsere Ehre und unser Gewissen!

Jeder Gedanke an die Auslieferung unseres Kaisers, der fast dreißig Jahre seinem Volke den Frieden erhalten hat, nebst seinen Feldherren und Staatsmännern, die ihn nach bestem Wissen beraten haben, ist eine Qual, die kein deutsches Herz ertragen kann; wir empfinden sie als tiefe Schmach, die uns mit Treubruch und Ehrlosigkeit belasten will.

Das Verlangen, uns als die einzig Schuldigen am Kriege zu bekennen, legt uns eine Lüge in den Mund, die schamlos unser Gewissen verletzt. Als evangelische Christen erheben wir vor Gott und Menschen feierlich heiligen Protest gegen den Versuch, unserer Nation dieses Brandmal aufzudrücken.

Wie man auch urteilen mag über einzelne Handlungen der Regierung unseres Kaisers: fest steht die Reinheit seines Wollens, die Makellosigkeit seines Wandels, der Ernst seines persönlichen Christentums und seines darin tief begründeten Verantwortlichkeitsgefühls. Mit äußeren Mitteln vermögen wir ihn nicht zu schützen, aber hier unsere Bitte: im Einklang mit Millionen deutscher Männer und Frauen rufen wir unsere Gemeinden auf, in dieser Not den Kaiser und seine schwerkranke, in den Werken christlicher Barmherzigkeit vorbildlich bewährte Gemahlin nebst unseren deutschen Führern und Helden mit dem Wall unserer Fürbitten zu umgeben. Die Menschen haben uns verlassen, aber der Schrei unserer Klage vor Gott vermag sich als eine Großmacht zu erweisen, die stärker ist als die Bosheit der Welt.

Die dritte Bitte: Laßt uns nicht müde werden, solange Gott uns das Leben schenkt, furchtlos unsere Pflicht zu tun, die Not zu lindern, die Hoffnung zu stärken und Liebe zu üben. Unseres Glaubens Herzstück ist unser Herr Jesus Christus, der uns erlöst hat. Laßt uns in seiner Nachfolge als seine Jünger uns bewähren und in seiner Kraft auch das Vaterland bauen.

In diesem Gelübde bleiben wir auch mit den in Gefahr der Abtrennung stehenden Teilen unserer evangelischen Landeskirche für immer verbunden.

Über alle Hoffnungslosigkeit erhebt sich das Dennoch des Glaubens. Wir haben einen starken Gott, einen lebendigen Heiland, ein unbewegliches Reich, dem der Sieg gehört! Rüsten wir uns mit Waffen des Glaubens und des Gebets, daß wir mit zu den Siegern gehören!“

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Dienstag den 8. Juli.)

Ausgabe. Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen von Frahnert, Kunecke, Konsumverein (Lauchstedter Straße), Teichmann und Schulz.

Kirschen für Lebensmittelhefte Nr. 7351 bis 7500 auf Abschnitt 100 in allen Obstverkaufsstellen von 10 Uhr vormittags ab.

Brotmarken am Dienstag für die Straßen K bis P, Donnerstag für die übrigen Straßen im Rathaus, Burgstraße, von 7 bis 2 Uhr.

Krankenbrotmarken: Freitag den 11. Juli, 8 bis 1 Uhr, im Rathaus, Markt 1.

Kohlenbezugsscheine: Dienstag und Mittwoch für die Straßen A bis H, Donnerstag und Freitag für die Straßen J bis P, Sonnabend für die übrigen Straßen bei der städtischen Kohlenstelle, Karlstraße, von 8 bis 1 und 3 bis 6 Uhr, nur an in diesem Jahre noch nicht belieferte Haushaltungen gegen Rückgabe der alten Scheine.

§ Leuna Werke, 6. Juli. In dem neuhergerichteten Saale von Kantine 2 war zum Freitag ein „Lustiger Abend“ anberaumt, wozu sich eine stattliche Teilnehmerzahl eingefunden hatte. In dem sonst reichhaltigen Programm waren vorgesehen: Herr Ludwig Heine vom Stadttheater Leipzig, Herr Josef Trautmann, ebenfalls vom Stadttheater Leipzig, ferner Frl. Hildegard Henze-Merseburg und Frl. Martha Montag-Eckert (Halle). Herr Josef Trautmann glänzte leider durch Abwesenheit, weshalb, wurde nicht bekannt gegeben. Es waren somit für den ganzen Abend nur Herr Heine und Frl. Henze in Tätigkeit. Beide Kräfte gaben ihr Bestes und waren bemüht, die Gäste aufs angenehmste zu unterhalten. Herr Heine sowohl wie Frl. Henze brachten eine Reihe hübscher Lieder zum Vortrag, ebenso auch verschiedene Duette, die den Beifall der Zuhörer fanden. Die für Herrn Trautmann vorgesehenen Nummern fielen leider aus. Als Schlußnummer folgte die einaktige Operette „Brüderlein fein“ von Leo Fall. Hierin war noch Frl. Montag-Eckert mit vertreten. Empfehlenswert wäre es gewesen, wenn der Pianist die Zwischenpausen durch einige lustige Klaviervorträge ausgefüllt hätte. Sonst war der Abend ganz schön verlaufen.

§ Großgräfendorf, 7. Juli. Zu der Erschießung des Kleediebes durch den Gutsbesitzer Walther Hochheim hier erfahren wir noch folgendes: Der erschossene Mann ist der Fabrikarbeiter Schalk aus Teutschenthal. Sein Komplize, der Fabrikarbeiter Hanisch aus demselben Ort, führte den Wagen, war aber sonst unbeteiligt. Die Verletzungen, die W. Hochheim durch den Schlag des Sch. erlitt, sind ziemlich erheblicher Natur, so daß er am Freitag in die Klinik nach Halle geschafft werden mußte. Der Schlag ist mit einem schweren Eichenknüppel ausgeführt worden und hat die Schädeldecke verletzt. Der unzweifelhaft in der Notwehr abgegebene Schuß verletzte den Schalk sehr schwer. Auf dem Transport nach Halle verstarb er an den erlittenen Schußverletzungen. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist bereits im Gange.

§ Schladebach, 7. Juli. Am Sonntag fand hier eine Versammlung des Vereins der Deutschen demokratischen Partei Kötzschau-Schladebach statt. Zu dieser Versammlung war der neuangestellte Parteisekretär für den Kreis Merseburg, M. Walther, zugegen. Es wurde u. a. beschlossen, die Organisation mehr auszubauen und den Mitgliedern empfohlen, für die Verbreitung der demokratischen Presse mehr als bisher zu sorgen. Die angesetzte Neuwahl des Vorstandes vertagte die Versammlung. Der Zusammenschluß aller demokratisch gesinnten Männer und Frauen wurde als dringendes Bedürfnis gefordert und soll durch Agitation von Mund zu Mund erreicht werden. — Die nächste Zusammenkunft findet am Sonntag, den 13. Juli, nachm. 4 Uhr, im Beckerschen Gasthofe zu Schladebach statt, wozu Freunde der demokratischen Sache herzlich eingeladen sind.

§ Ammendorf, 4. Juli. Der Verkauf des beschlagnahmten Strohes beginnt Dienstag vormittag 8 Uhr. Strohscheine sind vom Montag ab in der Zeit von 8—1 und 3—6 Uhr beim Arbeiterrat abzuholen. Je zwei Familien erhalten einen Ballen. Zum Verkauf gelangen 100 Zentner Bettstroh.

Beim Kirschendiebstahl erschossen.

Günthersdorf, 7. Juli. Gestern abend spielte sich hier ein blutiger Vorgang ab. Schon öfters waren die Kirschbäume beraubt worden und infolgedessen verstärkte man die Schutzwache. Gestern abend wurde der Gutsarbeiter Misch von hier beim Diebstahl von Kirschen vom Oberjäger Heidrich aus Kötzschlitz betroffen. Auf den Anruf des Jagdschutzbeamten, dem auch der Flurschutz übertragen ist, antwortete der M. nach verschiedenen Zeugenaussagen mit einem scharfen Schuß. Daraufhin machte der Beamte ebenfalls von seiner Schußwaffe Gebrauch. Der abgegebene Schuß wirkte tödlich. Die weitere Untersuchung der Angelegenheit ist sofort der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Mücheln und Umgegend.

7. Juli.

m. Mücheln, 7. Juli. In der am Freitag abend stattgefundenen Stadtverordnetensitzung standen folgende Sachen zur Beratung: 1. Stadt- und Sparkassenrevisionsprotokolle vom Monat Juni. Diese werden vorgetragen. Die Versammlung nimmt Kenntnis davon. 2. Ausbau des Rathaussaales zu Bürozwecken. Die Notwendigkeit, die Verwaltungsräume, insbesondere die der Spar- und Kämmereikasse, zu erweitern, besteht schon lange, sie kann nicht mehr aufgehalten werden. Dementsprechend beschließt auch die Versammlung einstimmig, das Kassenzimmer zu vergrößern und den Rathaussaal zu einem Stadtverordnetensitzungssaal umzuwandeln, auch die Mittel zu dem dazu benötigten Inventar bereit zu stellen. 3. Verkauf einer Baustelle. Dem von Frau Anna Wippach aus Gerbstedt gestellten Antrag auf Überlassung der Eckparzelle an der Freyburger Straße gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Preis 2 ℳ pro Quadratmeter. 4. Antrag Otto Arndtz auf Erhöhung der Entschädigung für Wartung der Turmuhr. Die Versammlung ist sich der Wichtigkeit einer zuverlässigen Wartung der Turmuhr bewußt, auch überzeugt, daß diese in den rechten Händen liegt, und beschließt einstimmig die Verdoppelung der bisherigen Entschädigung vom 1. Juli d. J. ab. 5. Wahl der Mitglieder zur Einkommensteuervoreinschätzungskommission. Auf behördliche Anordnung muß eine Neuwahl dieser Kommission vorgenommen werden. Es wird ihr nachgekommen durch die Wahl folgender Herren: Theodor Rotkähl, Otto Wünsch, Otto Orling, Richard Thieme, Siegmund Marx, und als deren Stellvertreter: Louis Lerche, Albin Spittler, Otto Engelhardt, Albin Polland, Louis Kofahl. 6. Antrag Lenz auf Errichtung einer öffentlichen Lesehalle. Die Versammlung verschließt sich der Notwendigkeit derselben im Interesse einer zu steigernden Volksbildung nicht, sieht sich aber leider durch Mangel an Raum vor die Tatsache gestellt, jetzt davon absehen zu müssen. 7. Verkauf des Schützenhauses. Da der Pachtvertrag mit dem Wirt Herrn Schütze erst in einigen Jahren abläuft, auch die Verhältnisse gegenwärtig so ungeklärt wie möglich sind, beschließt die Versammlung einstimmig, diesen Punkt der Tagesordnung ohne jede Diskussion bis zur gegebenen Zeit zu vertagen. In der darauf folgenden geschlossenen Sitzung gibt Stadtverordnetenvorsteher Rotkähl das Gesuch des Bürgermeisters Voigt um Versetzung in den Ruhestand bekannt. Die Versammlung nimmt mit Bedauern von demselben Kenntnis und sieht sich leider in Anbetracht des leidenden Gesundheitszustandes des Antragstellers genötigt, dasselbe anzunehmen. Sie gedenkt der ungeheuer schwierigen Verhältnisse, unter denen Herr Voigt seine Tätigkeit oft entfalten mußte, und bringt dies auch zum Ausdruck durch Äußerungen des Dankes und Wünsche für bestes Wohlergehen im Ruhestande. Die Stelle wird gesetzmäßig in aller Kürze ausgeschrieben werden und die Vorarbeiten für die Neubesetzung in die Hände einer Kommission gelegt, zu der die Herren: Rotkähl, Meitz, Wünsch, Orling und Scheibner gewählt werden. Nachdem noch ein Antrag um Unterstützung einer notleidenden Kriegerfrau genehmigt worden ist und einige Mitteilungen seitens des Vorstehers bekanntgegeben worden sind, ferner die Plantagenkommission ermächtigt worden ist, Wasserleitung nach den Terrassen auf dem Backhausberg zu legen, auch einen Zaun zum Schutze gegen die Hühner dort anzubringen, wird die Sitzung ½11 Uhr geschlossen.

: Mücheln, 7. Juli. Unter dem Namen „Heimstätten-Baugemeinschaft von 1919“ haben sich dieser Tage 30 von der Wohnungsnot mehr oder weniger hart Betroffene zu einer G. m. b. H. in Mücheln zusammengeschlossen. Des Entgegenkommens der Stadt in der Bodenerwerbsfrage versichert, und durch gegenteilige werktätige Hilfe der Mitglieder beim Bau hofft die Genossenschaft, zum Segen der Mitglieder und der Stadt in kürzester Zeit mit dem Bau der Eigenheimstätten zu beginnen.

Wetterwarte.

V. W. am 8. Juli (Dienstag): Ziemlich heiter, trocken, etwas wärmer. — 9. Juli (Mittwoch): Vielfach heiter, noch etwas wärmer, trocken, Nordwesten später lokale Gewitter.

Sport und Leibesübungen.

Fußball. Am Mittwoch um ¼7 Uhr abends treffen sich auf dem Rulandtsplatze im Übungsspiel die erste und zweite Hohenzollern-Mannschaft. Es ist das erste der neu eingeführten Übungsspiele, und zwar wird mit dem Spiel der ersten Mannschaft gegen die zweite begonnen, um dann in den nächsten Wochen mit den anderen Mannschaften die Übungsspiele auszutragen. Damit nun ein ausgeglichener Spielverlauf gewährleistet wird, sind die Mannschaften vom Spielausschuß so aufgestellt worden, daß die beiden Stürmerreihen gewechselt haben und also gegen ihre eigene Hintermannschaft spielen. Bekanntlich sind die Trainingsabende vom Verbande auch für den Monat Juli erlaubt, in welchem sonst Spielverbot besteht. Wir können einen Besuch des Spieles nur empfehlen, zumal sich der Gauvorsitzende, Herr Kampfrad, bereitwilligst erboten hat, das Spiel als Schiedsrichter zu leiten.

Sportfest des Halleschen Ausschusses für Leibesübungen.

Zum ersten Male trat gestern der Hallesche Ausschuß für Leibesübungen mit einer großen Veranstaltung, der etwa 5—6000 Personen beiwohnten, an die Öffentlichkeit.

Die drei Läufe im Radrennen (1200 Meter) gewann Sennrock (Radfahrerklub Germania). Bei den leichtathletischen Wettkämpfen siegten: 100 Meter-Mallaufen: 1. Lauf: Leser (Akadem. Sportvereinigung), 2. Lauf: Däne (Kaufmännischer Turnverein), 3. Lauf: Speyer (F.-C. 96), 4. Lauf: Hüttmann (F.-C. 96); 800 Meter-Lauf: (Jahnke (F.-C. 96); 100 Meter-Mallaufen (Entscheidungslauf): 1. Hüttmann (F.-C. 96); Weitsprung: 1. Neuschel (Sportverein 98) mit 5,62 Meter; Stabhochsprung: Bohe (Akadem. Sportvereinigung) mit 2,81 Meter; 400 Meter-Staffellauf: 1. Lauf: 1. Kaufm. Turnverein, 2. Sportverein 98; 2. Lauf: 1. F.-C. 96, 2. Akadem. Sportvereinigung; Entscheidungslauf: 1. F.-C. 96, 2. Kaufmännischer Turnverein; 3000 Meter-Staffellauf: 1. F.-C. 96, 2. Wacker, 3. Sportvereinigung 98.

Das größte Interesse erweckte das mit großer Spannung erwartete

Fußball-Städtewettspiel Leipzig—Halle.

Die Leipziger Mannschaft lieferte ein gutes Spiel, namentlich war der Sturm der Halleschen Mannschaft überlegen. Hensi (V. f. B.) erzielte das erste Tor. Bei Halbzeit stand das Spiel 1:0. Nach Halbzeit gelang es Halle, den Ausgleich zu erzielen, dem bald darauf ein zweites Tor, beide durch Dewitz (Sportfreunde) folgte. Kurz vor Schluß gab der Schiedsrichter Leipzig einen Elfmeterball wegen unfairen Spiels der Halleschen Verteidigung, der von Leipzig aber nicht verwandelt werden konnte.

Ozeanflug eines englischen Luftschiffes.

Das englische Luftschiff „B 34“ hat nach einer uns zugehenden Drahtmeldung am 5. Juli die amerikanische Küste erreicht. Es überflog die Küstenlinie an der Notre-Dame-Bucht, änderte seinen Kurs in südlicher Richtung und kam am Nachmittag nach New-York.

Handel und Verkehr.

= Warnung vor Angstverkäufen von Kriegsanleihen. Auf die Nachricht, daß eine Stützungsmaßnahme zugunsten des Kursstandes der Kriegsanleihen bevorstehe, war letzthin eine prozentweise Steigerung der Kriegsanleihekurse zu verzeichnen. In der Sitzung der preußischen Landesversammlung hat Unterstaatssekretär Neuhaus von der Handels- und Gewerbeverwaltung bestätigt, daß gegen ein weiteres Sinken der Anleihen Maßnahmen getroffen werden, die kurz vor dem Abschluß stehen. Es kann also nicht dringend genug vor Angstverkäufen gewarnt werden. Die Kriegsanleihebesitzer, die jetzt ohne zwingende Not verkaufen wollten, würden in erster Linie sich selbst schädigen, aber auch die Wirkung der regierungsseitigen Maßnahmen zur Sicherung des Kursstandes erschweren.

= Keine Verlegung der Leipziger Herbstmesse. Der Verlegung der Leipziger Herbstmesse auf einen späteren Termin war von verschiedenen Interessenten-Gruppen in der letzten Zeit wiederholt angeregt worden. Wie nun der Arbeitsausschuß des Meßamtes für die Mustermessen in Leipzig dem „Konfektionär“ mitteilt, ist eine solche Verlegung nicht beabsichtigt. Die Messe soll zum üblichen Termine (letzten Sonntag im August) beginnen.

Vermischtes.

Wegen Kohlenmangel Betrieb eingestellt.

Berlin, 7. Juli. Die dem Siemens-Konzern angehörige Firma Gebr. Siemens & Co. in Berlin-Lichtenberg legte infolge Kohlenmangels ihren Betrieb still und kündigte ihrer ganzen Belegschaft, bestehend aus 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen, mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Hermann Schladitz
Uhrmacher
Großes Lager moderner Uhren
Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel
Kl. Ritterstr. 11
Fernsprecher 472

Vereinigung z. Verwertung v. Schlachtpferden
Halle a. S. : e. G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.
Telegramm-Adresse: Schlachtpferde. Fernruf 1029.
Wir sind dauernd Abnehmer von
Schlachtpferden jeder Anzahl
und bitten die Herren Landwirte und Pferdebesitzer höflichst um
Angebote
an uns direkt oder an unsere Mitglieder.
Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Linoleum-Bohnermasse
vorrätig bei
Otto Dobkowitz

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz,
sowie großes Lager eichener und kieferner Pfostensärge
Metall-Särge.
Sarg-Magazin von Gebr. Scholtz,
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Frauenleiden
Kranken Frauen und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich in kurzer Zeit von meinem hartnäckigen Leiden (Weißfluß) geheilt wurde.
Frau L. Kamprath, Berlin, Elsasserstraße 54.

Friedrichroda
Thüringer Wald 430—710 m über Meer.
Beliebter klimatischer Sommer- und Winterkurort.
Prospekte: Städtische Kurverwaltung

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Elfriede Erna, T. d. Obst. A. Müller. — Getraut: der Schloss. Friedr Schrimpf m. Fr. M. geb. Albert; der Elektr. Fr. Roye m. Fr. Lucie geb. Schmidt.

Stadt. Getauft: Heinz, S. d. Arb. Pohler; Hans-Jürgen, S. d. Kaufm. Trog; Erna Mariechen, T. d. Arb. Michalke. — Getraut: der Friseur E. O. H. Hanke m. Fr. A. F. M. geb. Biebach; der Buchhalter R. G. P. Biebach m. Fr. F. H. geb. Tünschel; der Vermess.-Techniker F. P. Alexander m. Fr. M. A. geb. Sachse; der kaufmänn. Dir. Fr. K. Hotze m. Fr. F. geb. Sachse. — Beerdigt: der Sohn d. Bahnarb. Graack; die Witwe Haase; der Sohn d. Arb. Stolle.

Neumarkt. Getraut: der Magazinarbeit. Fr. P. Eichhorn m. Frau M. L. geb. Herrmann, Venenien.

Altenburg. Getauft: Wilhelm Kurt und Wilhelm Rudi, Zwillingss. des Arb. Glaser; Ida Charlotte Ilsetraut, T. des Feuersoz.-Assist. Kette; Gerda Lina, T. d. Tischl. Giegler.

Gestern morgen ¾7 Uhr starb nach langem schweren Leiden unser jüngstes liebes Töchterchen und Schwesterchen

Lottchen

im fast vollendeten 5. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Witwe J. Bochma nebst Kindern.

Merseburg, den 7. Juli 1919.

Möbl. Zimmer mit Kabinett und separat.
Eingang an beff. Herrn zu verm. Ammendorf, Friedenstr. 13, 2 T.

Hausschneid. sucht sof. möbl. Zimm. Offert. unt. 81 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
von Herrn gesucht. Off. unter **O L 154** an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer sof. z. miet. ges. Offert. unter 76 an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
von zwei jungen Herren gesucht. Off. unt. „72" an die Exp. d. Bl.

Alleinstehende Frau sucht **Wohnung.** Offerten unter „73" an die Expedition d. Bl.

Geld oh. Vorschuß erhalt. sol. Leut. jed. Stand. durch Ernst Bucklisch in Lützkendorf b. Merseburg.

Junger Mann sucht 300 Mk. bei monatlicher Rückzahlung zu leihen. Offerten unter **74** an die Exped. d. Bl. erbeten.

---

1 schwarzer Gehrockanzug,
fast neu,
1 brauner Jackettanzug,
1 fast neuer Winterüberzieher,
alles mittlere Größe, zu verkaufen Dörstewitz Nr. 1.

Manchester-Anzug für mittlere Person paff., und ein Paar Kinderschuhe, Größe 23, zu verkaufen Brühl 12, rechts.

---

2 Paar Schuhe, für Knaben von 1–2 J. p., zu verkaufen Friedrichstraße 32, 2 Tr. l.

Ein Paar weiße Schuhe (Gr. 32), ein Paar Herren-Schuhe (Gr. 28½, neu) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

---

1 P. neue halbe Damenschuhe
Größe 39 zu verkaufen.
Arnold, Gut Ruschesfelde.

---

2 Paar Extra-Schaftstiefel
(Boxcalf, Größe 43),
1 Paar Mil.-Schnürschuhe
(Größe 27),
1 fast neues Jackett
(für kleine Figur passend)
zu verkaufen Neumarkt 30.

Alle Sorten Schuhe,
wie Friedensware, können gegen Bezugschein bezogen werden, auch größere Posten. Offerten unter „51" an die Exp. d. Bl.

Ein größerer
Eisschrank
zu verkaufen Weißenfels, Merseburger Straße 34, 1 Tr.

Ein birkener Kleiderschrank, ein birkener Spiegel sind zusammen für 150 Mk. bei sofort. Zahlung zu verkaufen. Näheres Johannisstr. 18, 2 Tr.

Eine Kochmaschine
ist zu verkaufen Tiefer Keller 1.

---

1 Rolle verzinkten Draht
zu elektrischen Zwecken, zu verk. Fährendorf 3.

Ein Gleichstrom-Motor (5 PS),
neu, m. Kupferwicklung, 440 Volt, passend zur Dreschmaschine, sofort ab Lager lieferbar.
Paul Geheb, Ölgrube 15.
Die Anlage wird bis zur Ernte noch betriebsfähig angelegt.

Nachruf.

Am 4. d. M. ist unser langjähriges Vereinsmitglied, der Feldwebelleutnant, Herr Regierungs-Kanzleisekretär

Karl Gasse

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, durch den Tod aus unserer Mitte abberufen worden.

Obgleich nicht mehr wehrpflichtig, war er als treuer Soldat bei Ausbruch des großen Weltkrieges doch zum Schutze des Vaterlandes zu den Fahnen geeilt. Mannhaft hat er alle Anstrengungen und Entbehrungen ertragen, bis ihn tückische Krankheit darnieder warf, der er nun erlegen ist.

In ihm betrauern wir einen treuen Kameraden, der sein Leben für das Vaterland geopfert hat. Dankend werden wir seiner stets gedenken.

Merseburg, den 7. Juli 1919.

Der Verein ehem Artilleristen in Merseb. u. Ugb.

Familienfestlichkeiten halber bleibt mein Geschäft Dienstag, den 8. d. Mts., von 1 Uhr ab geschlossen.

Merseburg, den 7. Juli 1919.
Karl Schmidt, Unteraltenburg 10.

Wegen Warenmangel

halte ich mein Geschäft bis auf weiteres nur
Mittwochs von 8—10 und 3—5 Uhr, Sonnabends von 8—1 Uhr
geöffnet
Carl Brendel.

Kirschblätter

sauer und süß getrennt, gepflückte, grüne Ware möglichst lose in Waggons kleine Posten in Säcken, die leihweise zur Verfügung gestellt werden, zu kaufen gesucht.

Offerten mit äußerstem Preis und Liefertermin erbeten G. Lietzmann, Tabakfabr. Oschersleben (Bode)

Ein kleiner Posten
prima
Auslandsschläuche
zu billigsten Tagespreisen eingetroffen bei
Max Schneider,
Telephon 479. Schmale Straße 14

Keine Wanze mehr für M. 2 —

nur mit Kammerjäger Berg's **Nickodaal I u. II** zu erzielen

Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt Viele Dankschreiben. Doppelpack. M. 2.—. Ausreichend für 1—3 Zimmer und Betten. **Alleinverkauf:** Centraldrog. R. Kupper, Markt 17. Bei Eins. v. M. 2.40 oder Postscheckkonto Berlin 31286 portofreie Zusendung durch **Herm. A. Groeel.** Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Die Hilfe

Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Beste Mitarbeiter!
Sichere politische Führung!
Das alte Blatt für nationalen Sozialismus!

Probeheft kostenfrei. 25. Jahrgang. Vierteljahrespreis 5 Mark.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Abonnements werden in der Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent angenommen.

Die Deutsche
demokratische Partei

ist die Partei aller liberal und fortschrittlich gerichteten Volksgenossen in Stadt und Land.

Sie tritt unerschrocken ein für Ordnung, Freiheit und Recht.

Darum:

Landwirte, Kaufleute, Industrielle, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Frauen aller Stände

tretet ein in die

Deutsche Demokratische Partei

die Partei der deutschen Frau.

Anmeldungen nehmen die **Vorstandsmitglieder** des **Ortsvereins Merseburg** sowie die **Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten** (Kl. Ritterstraße 3) entgegen.

Fahrrad m. Gummiber
zu verkaufen Bierstube „Zur goldenen Kugel", Obere Breite Straße 12.

Bandonion
zu verkaufen Windberg 6, 1 Tr.

Leere, guterhaltene Bienenkästen (Berlepschmaß) zu verkaufen. Zu erfr. Karlstr. 34, 1 Tr.

Eine 2jährige Färse
verkauft Kötzschen Nr. 18.

Ziege und Böckchen, ¼ Jahr alt, zu verkaufen Preußerstraße 10

Eine junge Ziege
wegen Platzmangel zu verkaufen
Mehlverkauf Rischmühle.

Eine sehr gut melkende Ziege sowie ein 5 Monate altes Ziegenlamm sofort zu verkaufen Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Junge Ziege (3 Mon. alt) zu verkaufen.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl

---

2 Ziegenlämmer
verkauft Gasthof Creypau.

---

8 Stück kleine Küken
zu verkaufen.
Frau Hartung, Wagnerstr. 8.

Glucke mit 10 Kücken
verkauft Hirtenstraße 9.

---

3 Stck. junge Gänse
sofort zu verkaufen
Leipziger Straße 77.

Brauchbarer Jagdhund
(nicht über 3 Jahre) zu kaufen gesucht. Rusche,
Löpitz b. Merseburg.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Klinge, Bahnhofstr. 8a

Tel. 583. Tel. 583.

Pferde zum Schlachten sowie Notschlachten kauft stets
Roß-Schlächterei M. Möbius, Merseburg Tiefer Keller 1.
Inhaber der Erlaubniskarte zum Ankauf von Schlachtepferden.

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtepferden.

Zahlungserleichterung

Wolle — Seide

**Blusen
Röcke
Mäntel
Kostüme
Kleider
Hüte**

Billige Preise! Gr. Auswahl!

Herm. Lienau
Leipzig, Roßplatz 8 I
Ecke Georgiring.

**Ia. Maschinenöl
Motorenöl
cons.
Maschinenfett
Treibriemenwachs
Wagenfett**
empfiehlt in besten Qualitäten
Eduard Klauß
Windberg 3.

Deutsche demokratische Partei

Ortsverein Merseburg.

Dienstag, d. 8 Juli d. J., abends 8 Uhr, im Saale von **Müllers Gasthaus** am Bahnhof

Frauen-Versammlung.

Frau Dr. **Ulich-Beil** aus Leipzig spricht über das Thema:

**Die Frau und die Kultur
* des öffentlichen Lebens. ***

Zu dieser Versammlung werden **alle Frauen** herzlichst eingeladen. **Der Vorstand**

Cinophon-Theater

Fernruf 215 : Große Ritterstraße 1 : Fernruf 215

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Der Hilferuf!

Spannendes Abenteuer des berühmten Detektivs **Stuart Webbs** in 4 Akten.
In der Hauptrolle **Ernst Reicher.**

Die schwarze Loo!

Ergreifendes Drama in 4 Akten aus dem
∴ Leben eines Straßenkindes. ∴
In der Hauptrolle **Maria Orska.**

Direktor Zwick-Zwack!

Lustspiel in 2 Akten mit **Albert Paulig.**

Strandschlößchen!

Mittwoch, den 9. Juli, von abends 7 Uhr ab

GROSSER BALL

ausgeführt vom **Stadtorchester Merseburg.**
Spiegelglatter Saal! Neueste Tänze!
Es ladet freundlichst ein **Kegelklub „Schieb lustig".**

Kammer-Lichtspiele.

Heute Montag zum letzten Male:

Die Dame, der Teufel und die Probiermamsell!

Eine teuflische Komödie in 4 Akten mit unserer beliebtesten u. reiz. Künstlerin, der Filmkönigin **Henny Porten.**

Ab Dienstag:

Hallo! hier Harry Higgs!! Wer dort?

Ein Detektivfilm m. atemraubender Spannung mit **Hans Mierendorf.**

Hierzu ein gewaltiges Beiprogramm.
Anfang 7½ Uhr.

CASINO.

Freitag, den 11. Juli, abends 7½ Uhr

Großes Gartenkonzert

ausgeführt von der gesamten Kapelle der Landesjäger unter persönl. Leitung von Herrn Clare. Es ladet frdl. ein **Otto Seym.**

Funkenburg.

Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr

Großes Gartenkonzert

des Seifert-Orchesters Halle, Leitung Musikdirektor R. Seifert.
Eintritt 1 Mk. einschl Steuer.

Werkmeister-Bezirksverein

fürs Geiseltal.

Die nächste Hauptversammlung

findet **Sonntag, den 13. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr,** im Vereinslokal **Geiselröhlitz** statt. Pünktliches Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht. **Der Vorstand.**

---

* **Kraftfahrzeugführer** *

werden jederzeit ausgebildet in der

Automobilführerschule

Gustav Engel

Fernr. 203. **Merseburg a. S.** Fernr. 203.

Tivoli-Theater Merseburg.

Direktion: A. Dechant.

Dienstag, den 8. Juli d. J., abends ½8 Uhr:

Zum 1. Male:

Die tolle Komteß.

Operette in 3 Akten von Walter Kollo.

Donnerstag, den 10. Juli 1919, abends ½8 Uhr:

Maria Magdalena

Ein bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten und 4 Bildern von Friedr. Hebbel.

Rheinländerin, 28 J. alt, hier fremd, sucht Bekanntschaft mit Herrn in sich. Posit. zw. sp. Heir. Off. unt **80** an die Exp. d. Bl.

---

2 gut befreund. Witwen suchen **Bekanntschaft** mit 2 solid. Handwerkern zw. sp. Heir. Off. unt. **82** in der Exp. d. Bl. niederzul.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen.
Loel, Kleine Sixtistraße 7.

Jung. Mann, verheir., bittet um Nebenbeschäftigung von nachmittags 3–6 Uhr. Angebote unter **78** an die Exped. d. Bl.

---

2 besch. beff. Mädchen suchen ang. Stelle i. g. Hause. Off. unt. „79" an die Exp. d. Bl. erb.

Junges Mädchen sucht Beschäftigung, gleich welcher Art, in od. außerh. Merseburgs. Off. unt. „83" an die Exp. d. Bl. erb.

Gewandter Herr, Dame oder geeignetes Geschäft gesucht zur Übernahme der hiesigen

Hauptvertretung

einer täglich erscheinenden Berliner Zeitschrift. Sehr **hohes Einkommen durch Fixum und Provision.** Nur im Reisedienst bezw. Abonnentensammeln Erfahrene wollen sich melden **H 8258 A** an Haasenstein & Vogler, Berlin **W 35.**

Tüchtigen Tischler
sucht Hugo Schwimmer, Tischlermeister, Neumarkt 22.

Kräftige
Arbeiter
zum Kohle- und Holzausladen zu hohen Akkordlöhnen für dauernde Beschäftigung sofort gesucht **Königsmühle.**

Kirschpflücker
werden angenommen
Kirschbude, Weißenfelser Str.

Lehrling
für Druckerei und Setzerei stellt ein **Th. Rößner,** Buchdruckerei.

Für einige Tage der Woche
eine Frau gesucht
zum Austragen der Journale.
Friedr. Pouch, Buchhdlg.

Eine ordentliche Flickfrau
gesucht Städt. Krankenhaus.

Ein anständiges, jüngeres
Mädchen
das zu Hause schlafen kann, sucht für bald als Zweitmädchen
Frau Schröder, Gaswerk.

Ordtl. ehrl. Dienstmädchen oder Aufwartung per sof. ges. Roßmarkt 15.

Jüngeres, sauberes Mädchen als
Aufwartung
für Vormittags per sofort gesucht
Gotthardtstraße 4.

Trauring verloren.
Gezeichnet J B 7/10 98. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei Goldschmied Werner, Roßmarkt.

Verloren Sonntag abd ledern. Täschchen m. rot. Geldbörse von elektr. B., Ritterstr. b Entenplan. Abzug. g. a. Belohn. Mälzerstr. 16.

Sonntag Wagnerstr. Portemonnaie verloren. Geg. Bel. abzugeben in der Exped. d. Bl.

**Eine Bettwand
Sonntag früh verloren**
Kleist-, Nulandt- und Weißenfelser Straße. Gegen gute Belohnung abzugeben
Lagerplatz Bode Nachf.

Lebensmittelheft, auf Namen Helene Henneberg lautend, abhanden gekommen. Es wird gewarnt, auf selbiges Lebensmittel auszugeben.
Frau Hartung, Wagnerstr. 8.

Achtung! Achtung!
Die betreffende Dame, welche am Sonnabend den 5. 7. in der Funkenburg ohne Tänzer war und mit dem Feldgrauen vor der Tür einige Worte gewechselt hat, wird gebeten, sich zu melden. Offerten unter P 84 an die Exped. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190708-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 148 Dienstag, den 8. Juli 1919 45. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 5. Juli.

Am Regierungstische: Dr. Preuß.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 2¼ Uhr. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die

Ratifikation des Friedensvertrages.

Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Starosson ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt. Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen dem Antrage der Unabhängigen auf Streichung angenommen bis auf Artikel 41, über den später abgestimmt wird.

Nach Artikel 45 schließt der Reichspräsident Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den Völkerbundstaaten der Zustimmung des Reichstages.

Artikel 45 wird in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes über den Völkerbund angenommen.

Nach Artikel 46 ernennt und entläßt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Beamte ausüben lassen. Artikel 46 wird unverändert angenommen, ebenso Artikel 47, wonach der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat. Angenommen wird ferner nach kurzer Debatte Artikel 48, der bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Das Haus geht nunmehr zu der gestern ausgesetzten Abstimmung über Artikel 41,

Amt des Reichspräsidenten,

über Vorher begründet

Abg. Dr. v. Schulze-Gävernitz einen Antrag, statt „Reichspräsident" zu sagen „Reichswart".

Der Antrag wird abgelehnt. Entsprechend dem Antrage Siehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. (Damit entfällt die Formulierung des Entwurfes, wonach der Gewählte mindestens 10 Jahre Deutscher sein soll, und der deutschnationale Antrag, daß der Gewählte als Deutscher geboren sein soll.) Die Bestimmung des Entwurfes: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält", wird damit abgelehnt und damit dem Reichsgesetz überwiesen, das bezüglich der Wahl des Präsidenten vorgesehen ist. (Inzwischen ist Ministerpräsident Bauer am Regierungstische erschienen.)

Die Abstimmung über den Artikel 38, die gestern zurückgestellt worden war, wird nunmehr vorgenommen. Der Artikel behandelt die

Zeugnisverweigerung der Abgeordneten.

Die Abstimmung ergibt die Annahme in der gestern vom Abgeordneten Ablaß (Dem.) begründeten besseren juristischen Formulierung.

Nach Artikel 49 kann der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter Verantwortung des gesamten Reichsministeriums mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten, die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen, zu einem bestimmten Teile auch die Grundrechte außer Kraft setzen. Die Genehmigung des Reichstages ist einzuholen. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt.

Die Abg. Frau Agnes (U. S.) und Gen. beantragen die Streichung des Artikels.

Ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Beyerle (Ztr.), von Delbrück (Dn.), Dr. Haas (Dem.) und Dr. Heinze (D. Vp.) legt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie den Zusatz: Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen; die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Dieser Artikel gibt der Regierung zu weiten Spielraum. Was könnte ein Präsident, der ein Trabant der Hohenzollern wäre, damit ausrichten! Sogar Eigentum und Postgeheimnis werden dem Belieben des Reichspräsidenten unterworfen. So wird die Bestimmung zur schlimmsten Ausprägung des Polizeistaates und eine Gefahr für das deutsche Volk.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch ein Abg. Dr. Cohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen und München und an anderen Stellen hinreichend bewiesen. Das Unerträgliche bei dem früheren Zustande ist gewesen, daß die Regierungsbehörden bei der Verhängung des Belagerungszustandes keine Verantwortung zu übernehmen brauchten, weil die Militärbehörden in diesem Falle selbständig waren. Der Entwurf legt nun die Verantwortung für die Verhängung des Belagerungszustandes in die Hände des Reichspräsidenten und der Regierung. Ich kann den Abg. Cohn darüber beruhigen, daß das Privateigentum nicht ohne Entschädigung angetastet werden wird. Ich glaube, daß nicht einmal die Zeitungsdruckereien behelligt werden. Maschinengewehre, Handgranaten und ähnliches Privateigentum werden allerdings — im Augenblick weiß ich nicht, ob mit oder ohne Entschädigung — unschädlich gemacht. (Andauernde Heiterkeit.) Die nähere Regelung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz — ich nehme an, in ruhigeren Zeiten — erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überflüssig zu machen. (Lebhafte Zustimmung; zahlreiche Rufe: Sehr wahr! Sehr gut!)

Abg. Holl (Soz.): Die Unabhängigen haben verstanden, ihre Macht drückender als die Reaktion auszuüben. (Lebhaftes Hört, hört! Unruhe bei den Unabhängigen.)

Artikel 49 wird schließlich nach langer Debatte in der Fassung des Antrags Beyerle angenommen. Der Antrag Katzenstein (Soz.) auf Streichung des Wortes Ordnung wird abgelehnt.

Die Artikel 51 (Gegenzeichnung), 52 (Vertretung des Reichspräsidenten) und 53 (Reichsregierung) werden ohne Erörterung angenommen.

Die Artikel 54 und 55 werden verbunden zur Beratung gestellt. Sie bestimmen: Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Die Fassung des Entwurfs wird nach kurzer Debatte angenommen. Über den Abschnitt Reichsrat (Artikel 61 ff.) referiert Abg. Haußmann (Dem.).

Der Abschnitt wird ohne weitere Erörterung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen bis auf die Artikel 62 und 64 bezüglich des Stimmenverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Über den 5. Abschnitt, Reichsgesetzgebung, referiert Abg. Koch-Kassel.

Bei dem ersten Artikel dieses Abschnittes, Artikel 69, der von der Einbringung von Gesetzesvorlagen handelt, macht

Abg. Dr. Cohn (U. S.) darauf aufmerksam, daß der Arikel 162 dem Reichswirtschaftsrat die Befugnis beilege, seinerseits sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe einzubringen. Er verlangt, daß der Artikel 162, der im übrigen die Bestimmungen über das Rätesystem enthält, zusammen mit dem Artikel 69 beraten werde.

Da er in längerer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfährt, bezweifelt er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Infolgedessen bricht Präsident Fehrenbach die Verhandlungen ab.

Um 7 Uhr wird die weitere Beratung auf Montag 2 Uhr vertagt.

Politische Übersicht.

Streiks und Unruhen in Italien.

Nach Mailänder Telegrammen dehnt sich der Streik der italienischen Seeleute von Genua auch auf andere Häfen aus. In Neapel und Palermo werden verschiedene Dampfer angehalten. Über die Häfen von Catania, Syrakus, Venedig und Triest wurde die Sperre verhängt. — Der „Züricher Post" wird mitgeteilt, daß es in Neapel zu schweren Unruhen kam. Polizei und Truppen griffen ein. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Generalstreik wird sich auch auf die ganze Romagna übertragen. In verschiedenen Orten mußte Kavallerie eingreifen. Die Demonstranten durchziehen mit roten Fahnen und unter Absingung der Internationale die Städte. In Forli kam es zu neuen Zwischenfällen. Man befürchtet, daß auch andere Teile des Landes von der Bewegung ergriffen werden. Die militärischen Behörden treffen strenge Maßnahmen zur Unterdrückung der Aufreizungen.

Aus Florenz wird gemeldet: In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag und am Freitagmorgen fuhr die Menge fort, Lebensmittelgeschäfte zu plündern; die Waren wurden in die Arbeitskammer gebracht und dort zu reduzierten Preisen verkauft. Manche Händler gaben die Schlüssel zu ihren Räumlichkeiten den Plünderern. Infolge der gegen die Wucherer getroffenen Maßnahmen stellt sich die Ruhe nach und nach wieder ein. Die Arbeiterorganisationen tragen das ihrige dazu bei, die Ruhe wiederherzustellen.

Der „Avanti" meldet weiter aus Florenz: Die Arbeiterschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erdbebengebietes überwiesen, weil sich die Hilfsaktion der Regierung für die zu Tausenden zählenden obdachlosen Familien als vollkommen unzureichend erwiesen hat. Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht wurde, wie der „Avanti" berichtet, in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigert sich, die Menge anzureiten. Die vielen neu entstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt. Dem Beispiel der Romagna wird das übrige Italien folgen. In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Teuerung dadurch nahezukommen, daß sie kurzerhand 21 bekannte Lebensmittelschieber in das Gefängnis werfen ließ.

Provinz und Umgegend.

† **Schleiz**, 7. Juli. In der Nacht zum Sonnabend ist die Kirchnersche Spielwarenfabrik, in Firma Felix Gräffer & Co. hier, bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Die Fabrik war vor 24 Jahren schon einmal ein Raub der Flammen geworden und ist vergrößert wieder aufgebaut worden. Das Feuer ist nachts gegen 12 Uhr durch Selbstentzündung im Kohlenraum entstanden.

Feuersbrunst auf dem Bahnhof Bebra.

Bebra, 6. Juli. Seit 5 Uhr nachmittags brennt die einige Hundert Meter lange Güterhalle des Haupteisenbahnknotenpunktes Bebra lichterloh mit mehr als 100 Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin usw. Der ungünstige Wind treibt die Funken dem Personenbahnhof zu und gefährdet auch diesen. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Merseburg und Umgegend.

7. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

Die Demokratisierung der Gemeindeverfassung.

Ein Entwurf betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes ist der preußischen Landesversammlung zugegangen. Die neue Städte- und Landgemeindeordnung, deren Vorarbeiten rüstig vorschreiten, kann erst im Herbst dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der vorgelegte Entwurf will daher als Zwischengesetz einige Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze von größter politischer Tragweite schon jetzt neu regeln. Der Entwurf schlägt folgende Neuregelungen vor: Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts in den Gemeindeversammlungen, die Anordnung der Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder und Kreisdeputierten, die Ermöglichung der Neuwahl der Amtsvorsteher, die Bildung der Gemeindevertretungen in den Landgemeinden der Provinz Hannover, die Neuwahl aller gewählten Mitglieder der Deputationen und Kommissionen in Städten und Kreisen, der gewählten Mitglieder des Provinzialrates und des Bezirksausschusses, Bestimmungen über die Form der Verpflichtung der neugewählten Gemeindevertreter, über die unbeschränkte Öffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindeversammlungen, über die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Kreistagswahlordnung, endlich Bestimmungen, die die Beseitigung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des Verhältniswahlsystems bei den Gemeindewahlen zum Gegenstande haben.

Alle diese Bestimmungen werden von dem einheitlichen Gesichtspunkte der „weiteren Demokratisierung des kommunalen Verfassungslebens" beherrscht. So wird z. B. die Stellung der Stadtverordnetenversammlung gestärkt, indem bestimmt wird, daß die Stadtverordnetenversammlung für die Magistratswahlen Präsentationsrecht erhält und Stadtverordnete auch Mitglieder des Magistrats sein können. Betreffs der Neuwahl der Amtsvorsteher bezw. der Bürgermeister wird bestimmt, daß die Amtsdauer der Amtsvorsteher am 31. Oktober d. J. ihr Ende erreicht und bis zum 31. August d. J. die Kreistage Neuwahlen vorzunehmen haben. In sehr vielen Fällen wird mit einer anderweiten Besetzung der Ämter gerechnet werden müssen, zumal eine Reihe von Amtsvorstehern sich der neuen Richtung nicht haben anschließen können. Die Verpflichtung der neugewählten Gemeindevertreter darf nur noch durch Handschlag erfolgen.

*

Das Wartezimmer.

Der Boden ist mit einem dicken, stellenweise durchlöcherten Teppich belegt, auf dem die Staubflocken lagern. Vier Polsterfauteuils stehen um den Tisch und erzählen von Tausenden von Kranken, die in ihnen hoffend oder angsterfüllt warteten, bis sich die staubige „Portiere" über der Sprechzimmertür verschob. Wenn ihr Warten sehr lange dauerte, so irrte der Blick über den gestickten Sofaschoner mit der Aufschrift: „Dem treuen Helfer" zu dem Farbendruck der königlichen Familie empor oder zu den Gipsfiguren des Trompeterpaares von Säckingen, die die schmutzfarbige Blumenmustertapete schmückten, oder hinüber zu den Fenstern mit den bunten Diaphanien, die von gelben Spitzenvorhängen verdunkelt waren. Ach ja, da lag ja auch etwas zum Lesen: Medizinische Wochenblätter, Prospekte von Sanatorien — ein Gartenlaubekalender aus dem Jahre 1896, in dem die Bilder von Kinderhand koloriert waren und ein paar zerrissene Bogen aus Kürschners Romanbibliothek. Und da drüben, auf der „Etagere" mit den hölzernen Karyatiden, lagen einige Bände einer alten Familienzeitschrift, vergilbt, mit Fett- und sogar mit Blutflecken darauf. Das Warten wurde oft lang.

Ich war auch schon in anderen Wartezimmern, schreibt der „Kunstwart". Ein sauberer Linoleumboden, helle Tapeten oder Wände mit abwaschbarem Ölanstrich, zwei oder drei schöne Steindrucke, ganz dünne Vorhänge an den Fenstern, gediegene lichte Holzmöbel und ein kleines Bücherregal mit „Blauen Büchern", oder ähnlichen, einigen guten Zeitschriften (und zwar neuen Nummern!), einem Sammelbande von Wilhelm Busch oder sonst etwas Gutem zum Aufheitern. Lieber Herr Doktor! Für 80 unter einem Hundert Ihrer Patienten ist Ihr Wartezimmer das einzige „bessere Zimmer", in das sie hineinkommen. Was sie da sehen, scheint ihnen vorbildlich, was sie da lesen, bedeutsam. Die gute Ausstattung eines Wartezimmers kann eine volkserzieherische Tat sein, lieber Herr Doktor! Und — „nicht, daß es drum viel kosten müßt". Es kann ganz einfach, ja ärmlich sein. Nur, daß man ihm ansehen sollte: der Herr Doktor hat nicht bloß hineingesteckt, was er anderswo nicht brauchen konnte, sondern er hat auch hier Beziehungen zwischen sich und den Ratsuchenden gefühlt, er hat ihnen auch hier nützlich und freundlich sein wollen, er hat hier eine Aufgabe gesehn.

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sofort fiel Günther ein, daß er Jutta neulich aus dem Tapisseriegeschäft von B. hatte herauskommen sehen. Es war also kaum zweifelhaft, daß sie es war, die sich jetzt bei Lolo befand.

Er fragte nicht weiter und sah gedankenvoll dem Rauch seiner Zigarette nach.

Fritz lachte.

„Ich glaube, du hast Hunger, wie ich auch. Komm, wirf die Zigarette fort, wir wollen hinübergehen in den Salon und uns bemerkbar machen, damit Lolo hört, daß du da bist."

Er zog Günther mit sich fort. Sie mußten über die Diele der hochherrschaftlichen Wohnung, die, wie alle Räume der Wengern'schen Wohnung sehr schön und geschmackvoll eingerichtet war. In demselben Augenblick, als die beiden Herren aus dem Zimmer des Hausherrn traten, wurde gegenüber eine Tür geöffnet, und Lolo erschien an der Seite Jutta Falkners. Die vier Personen standen sich gegenüber.

Lächelnd und sichtlich erfreut begrüßte Lolo Herrn von Hohenegg. Er küßte ihr artig die Hand, aber seine Augen flogen dabei zu Jutta hinüber. Er bemerkte ganz deutlich, daß sie bei seinem Anblick errötete und sichtlich befangen war.

„Vielleicht hat sie bemerkt, daß ich sie stets mit großem Interesse beachtete, wenn ich ihr begegnete? Das ist ihr wohl unangenehm gewesen", dachte er.

Dennoch konnte er es nicht unterlassen, sich in den feinen, süßen Reiz dieses Mädchengesichts zu versenken. Ein Gefühl heißen Neides gegen den unbekannten Fred, der ihre Liebe besaß, stieg in ihm auf. Er glaubte noch Tränenspuren an ihren großen, ausdrucksvollen Augen, die so warm und tief leuchteten, zu sehen.

Flüchtig stellte Frau von Wengern Jutta Falkner und Günther von Hohenegg einander vor und bat letzteren noch um ein wenig Geduld.

„Ich habe noch einige Minuten mit Fräulein Falkner zu unterhandeln, bitte, gedulden Sie sich noch so lange, Herr von Hohenegg", sagte sie mit einem aufstrahlenden Blick in Günthers Augen.

Jutta bemerkte diesen seltsam feurigen Blick, und er gab ihr zu denken. So durfte ihrer Meinung nach eine verheiratete Frau nur ihren eigenen Mann ansehen. Instinktiv wandte sie ihre Augen zu Günther Hohenegg hinüber. Aber dessen Gesicht war ganz unbewegt — seine Augen begegneten den ihren mit dem sonderbar zwingenden Blick, der ihr schon bei den flüchtigen Begegnungen aufgefallen war. Sie fühlte verwirrt, daß ihr unter diesem Blick wieder das Blut ins Gesicht schoß, und wandte sich ab.

Fritz von Wengern, der unbefangen dabei gestanden hatte, machte der Situation durch ein liebenswürdiges Scherzwort ein Ende.

Lolo von Wengern ging mit Jutta in ihr Boudoir. Sie hatte für Weihnachten noch verschiedene Handarbeiten vor, zu denen sie Zeichnungen brauchte. Jutta gefiel ihr, und gutmütig, wie die schöne Frau war, wollte sie Jutta ein wenig protegieren.

Die Herren gingen wieder in das Zimmer des Hausherrn zurück und plauderten noch ein Weile.

„Eine sehr angenehme Persönlichkeit, dieses Fräulein Falkner. Scheint aus guter Familie zu sein. So etwas empfindet man sofort", sagte Fritz, sich wieder in seinen Klubsessel werfend.

Günther nickte nur. Er war nicht in der Stimmung, über Jutta Falkner zu sprechen. Aber er lauschte, während er mit Fritz über Tagesfragen plauderte, bis er draußen eine Tür zuschlagen hörte.

„Jetzt ist sie gegangen", dachte er. Und er fragte sich, ob sie nun wieder so still und so traurig, mit so ernsten Augen und blassem, zuckenden Gesicht in der Straßenbahn sitzen würde.

Er konnte nicht lange diesen Gedanken nachhängen, denn der Diener öffnete die Tür und rief die Herren zu Tisch.

In dem großen, reichausgestatteten Speisezimmer trat ihnen Lolo entgegen. Sie war in blendender Laune und sah in der eleganten Gesellschaftsrobe, die ein klein wenig zu kostbar war für dieses intime Souper, entzückend aus. Fritz strahlte vor Verliebtheit und war ebenfalls sehr heiter gestimmt. So fiel Günthers Schweigsamkeit nicht auf. — —

Während die drei Personen an der schön gedeckten Tafel saßen und miteinander plauderten, beeilte sich Jutta, wieder nach Hause zu kommen. Frau von Wengern hatte ihre Arbeit sehr reichlich bezahlt, und ihr noch einige lohnende Aufträge gegeben. Auch hatte sie ihr versprochen, als sie hörte, daß Jutta eigentlich Malerin sei und auch schon einige Bildchen verkauft habe, noch vor Weihnachten zu ihr zu kommen und sich Juttas fertige Bilder anzusehen.

„Vielleicht entschließe ich mich, eins davon zu kaufen, Fräulein Falkner. Ich weiß immer nicht, was ich meinen zahlreichen Verwandten zu Weihnachten schenken soll. Alle kann man doch schließlich nicht mit Handarbeiten beglücken", hatte sie liebenswürdig gesagt.

Für Jutta war das sehr wichtig. Sie wäre sehr froh gewesen, wenn sie wieder ein Bild hätte verkaufen können, zumal jetzt, da sie so nötig Geld brauchte. Frau von Wengern war wirklich sehr liebenswürdig gewesen; aber trotzdem — es war etwas in Jutta, das sich gegen diese schöne Frau zur Wehr setzte, ein Gefühl, das keine Sympathie aufkommen ließ.

War vielleicht daran der allzu feurige Blick schuld, den Lolo Wengern auf Günther von Hohenegg gerichtet hatte?

Günther von Hohenegg! Sie sagte den Namen leise vor sich hin. Nun wußte sie, wie der Mann hieß, der ihr ein so starkes Interesse abgenötigt hatte, trotz der wenigen flüchtigen Begegnungen. Daß er Günther hieß, hatte sie gehört, als Herr von Wengern ihn rief.

Ob er mit den Hoheneggs verwandt war, zu denen Tante Laura gehörte?

Aber dann dachte Jutta wieder an Fred, und sie hielt es fast für ein Unrecht, an Günther Hohenegg zu denken. Das Herz wurde ihr wieder bang und schwer. Wie würde sich Fred aus dieser drückenden Affäre ziehen? Was würde er tun, wenn er das Geld nicht zahlen konnte? Ob er den Abschied nehmen mußte? Und was dann?

So kam sie mit schwerem Herzen nach Hause, und es gelang ihr nur mit größter Anstrengung, der Mutter ein heiteres Gesicht zu zeigen. Diese war froh, daß Jutta gut verdient hatte, und hoffte, daß Frau von Wengern ihr auch noch ein Bild abkaufen werde.

*

Am nächsten Morgen saß Jutta mit der Mutter im Wohnzimmer am sauber gedeckten Frühstückstisch. Sie hatte eine unruhige Nacht hinter sich. Zwar war sie zuerst schnell eingeschlafen, weil sie totmüde war, aber dann wachte sie plötzlich mit einem jähen Ruck auf. Ihr war, als sei sie laut beim Namen gerufen worden. Sie setzte sich im Bett aufrecht und lauschte nach der Mutter hinüber, deren Bett neben dem ihren stand. Aber sie vernahm nur deren leise Atemzüge. Die Mutter schlief.

„Ich habe wohl nur geträumt", dachte sie und legte sich wieder zurück.

Aber der Klang der Stimme, die ihren Namen gerufen, tönte noch in ihrem Ohr. Und da wußte sie es ganz genau, das war Freds Stimme gewesen!

Als sie noch so lauschte, hörte sie die Uhr drüben im Wohnzimmer zwölf schlagen. Es war Mitternacht. Eine unerklärliche Bangigkeit war in ihrer Seele. Sie vermochte nicht ruhig im Bett zu bleiben. Leise erhob sie sich und schlich zum Fenster, um durch die herabgelassenen Jalousien auf die stille Straße hinabzusehen, als hielte sie es für möglich, daß Fred da unten stehe und nach ihr gerufen hätte.

Aber kein Mensch war zu sehen. Seit einigen Stunden schneite es, und eine fleckenlose, weiße Schneedecke lag auf der Straße.

Fröstelnd legte Jutta sich wieder nieder, aber einschlafen konnte sie nicht mehr. Die Gedanken hielten sie wach. Sie dachte erst an Fred, dann an Lena, die nun schon auf dem Schiffe war. Ob sie gute Fahrt hatte? Ob sie recht elend war?

Tausend Fragen legte sie sich in der Stille der Nacht vor. Schlaflose Nächte waren ihr sonst fremd, außer wenn sie einmal bei der kranken Mutter hatte wachen müssen. Ihre gesunde Jugend nahm sich sonst ihr Recht. Wie eine Angst war es in ihr, daß sie krank werden könnte. Um Gotteswillen, nur nicht auch das noch! Nein, sie war nur erregt. Sie wollte nicht mehr an Fred und an Lena denken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190708-19/fragment/page=0005

Erhöhung des Zuckerpreises.

Der Kleinverkaufspreis für Zucker jeder Art wird von heute an je Pfund um 3 Pfennig erhöht.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
Der Magistrat.
L A II 1934/19.

Preuß. Süddeutsche Lotterie-Einnahme.

Das Kontor ist von heute ab an den Wochentagen von
8³⁰ bis 12³⁰ Uhr und von 3 bis 5 Uhr nachm. geöffnet.

Obst-Verpachtung.
Die diesjährige Hartobstnutzung der Gemeinde Kriegsdorf soll Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr im hiesigen Gasthause öffentlich meistbietend gegen sof. Bezahlung verpachtet werden. Bedingungen im Termin.
Kriegsdorf, den 3. Juli 1919.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Frische
Schoten
hat abzugeben
Fr. Freygang.
Gr.-Ritterstr. 7. Teleph. 424.

Frischen
Rhabarber
bietet an
Trebst,
Blumengeschäft, Entenplan 3.

Achtung!
Bestellungen auf sämtliche Waldbeeren u. Pilze in kleinen Posten werden jetzt schon entgegengen. (Auch Wachholderbeeren.) Off. u. „Beeren 61" an die Exp. d. Bl.

Kammerjäger
BRAUN
Bin wieder einige Tage hier zur Vertilgung der Ratten, Mäuse u. Schwaben. Bitte umgehend um Adr. u. 62 niederzulegen in der Exp. d. Bl.

*** Zöpfe ***
Unterlagen in allen Farben vorrätig.
Haar-Netze
einfach und doppelt, extra große.
Otto Stiebritz,
Gotthardstraße 32.

Fahrräder
mit Gummi-Bereifung, Auslands-Schläuchen, Mäntel und Fahrrad-Ersatzteile
sind eingetroffen bei
Paul Geheb,
Olagrube 15.

Pianolas, Pianolapianos Blüthner-Ducanola-Piano
usw. in großer Auswahl vorrätig. Preise von 2500 bis 10000 Mk.
Großes Notenrollenlager
in 88- u. 65tönigen Notenrollen.
Notenrollen-Abonnements.
B. Döll, Halle a. S.,
Große Ulrichstraße 33/34.

Für die Reise:
Kamm- u. Bürstenwaren und alle Toilette-Artikel
Otto Stiebritz
Parfümerie Gotthardstr. 32

Bei
Gicht u. Rheumatismus
Blutarmut, Appetitlosigkeit, überhaupt bei allen Schwächen und Krankheiten des Blutes ist Dr. Schuberts
Rhostikon
sehr zu empfehlen. Zu haben in der **Dom- u. Stadtapotheke** zu **Merseburg.**

Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbet. Versandhaus Hensinger Dresden 240, Am See 37.

Fortsetzung des Kirschenverkaufs

auf Abschnitt 100 der Lebensmittelhefte Nr. 7351—7500 am **Dienstag, den 8. Juli 1919, vormittags von 10 Uhr ab** Merseburg, den 7. Juli 1919.
L. A II 1959/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ausgabe der Brotmarken.

Die Ausgabe der Brotmarken findet **im alten Rathaus, Burgstraße Nr. 1,** in folgender Reihenfolge statt:
Dienstag, den 8. Juli, von vormittags 7 bis nachmittags 2 Uhr, für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von A bis einschl. F;
Mittwoch, den 9. Juli, zu denselben Zeiten für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von K bis einschl. P;
Donnerstag, den 10. Juli, zu denselben Zeiten für die übrigen Straßen.

Eine Ausgabe an anderen Tagen findet nicht statt. Die Abgabe der Marken erfolgt nur an erwachsene Personen des Haushaltes gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes.

Die Ausgabe der Krankenbrotmarken findet ab **Freitag, den 11. Juli** vormittags von 8—1 Uhr, im Rathaus, Markt Nr. 1, statt.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
Tab. Nr.: L A I 634/19. **Der Magistrat.**

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für Altleder u. getr. Schuhwaren, Merseburg, Karlstr. Nr. 4. — Fernsprecher Nr. 591. —
Mittwoch, den 9. Juli d. Js., vormittags von 9—12 Uhr,
Annahmetag.
Dort werden auch getragene Kleidung und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

Merseburg, den 7. Juli 1919.
M 472/19. Der Magistrat.

Ausgabe der neuen Kohlenbezugscheine

(Reihe 1 — rot —)
in der städtischen Kohlenstelle, Karlstraße Nr. 4
vormittags von 8—1 Uhr
nachmittags von 3—6 Uhr
am Dienstag, den 8. Juli und Freitag, den 9. Juli 1919, an die Haushaltungen in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließlich H,
am Donnerstag, den 10. Juli u. Mittwoch, den 11. Juli 1919, für die Haushaltungen in den Straßen J bis einschließlich P,
am Sonnabend, den 12. Juli u. Montag, den 14. Juli 1919, für die Haushaltungen in den Straßen Q bis Z u. Sonstige.

Nach Punkt 3 der Ausführungs-Anweisung des Magistrats vom 26. Juni 1919 L. A. II 1832/19 erhalten **einen** Bezugschein der Reihe 1 (rot) nur Haushaltungen **die nachweislich** in diesem Jahre Brennstoffe noch nicht bezogen haben oder Haushaltungen, deren Vorräte an Brennstoffen nicht mehr als 25 Ztr. betragen.

Die noch in Umlauf befindlichen alten Magistratsbezugscheine sind verfallen und gleichzeitig zum Umtausch zurückzugeben.

Alle anderen Haushaltungen erhalten Bezugsscheine erst später nach besonderer Bekanntmachung des Magistrats.

Für größere Verbraucher (Behörden, Anstalten, Gewerbebetriebe usw.) bestehen besondere Vorschriften.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
L. A. II. 1919/19. **Der Magistrat**

Brennstoffverteilungs-Ordnung der Stadt Merseburg vom 26. Juni 1919.

Auf Grund der Bekanntmachungen des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 30. März 1918, in Verbindung mit der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und über die Versorgungsregelung vom 25. September 1915, wird für den Stadtbezirk Merseburg folgendes bekannt gemacht:

1. Grundsatz.

Der entgeltliche oder unentgeltliche Bezug von Brennstoffen durch Verbraucher und ihre Abgabe an Verbraucher darf nur gegen Kohlenkarte oder Bezugsschein erfolgen.

Begriff der Brennstoffe.

Brennstoffe im Sinne dieser Verordnung sind: Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts, Torfpreßsteine (hier Torf genannt), Koks jeder Art und Anthrazit, nicht Holz und Stücktorf.

Umfang der Verordnung.

Verbraucher, die der Meldepflicht nach § 2 der Bekanntmachung vom 15. April 1918 (Reichsanzeiger Nr. 90) unterliegen (Betriebe mit einem Monatsverbrauch von 10 Tonnen und darüber), werden von dieser Regelung nicht betroffen.

2. Einfuhr und Ausfuhr von Brennstoffen.

Jede Einfuhr von Brennstoffen in den Stadtbezirk und jeder Bezug von außerhalb durch Händler oder Verbraucher ist sofort nach Empfang dem Magistrat zu melden.

Die Einfuhr mit der Bahn oder auf Kähnen darf nur auf Grund eines vom Magistrat abgestempelten Bezugsscheines des Reichskommissars für die Kohlenverteilung erfolgen.

Der Magistrat ist jederzeit berechtigt, die seitens der Platzhändler von ihren Lieferanten bezogenen Brennstoffe ganz oder teilweise in Anspruch zu nehmen. Diese Mengen gelten als beschlagnahmt. Die Händler haben diese Mengen gesondert zu halten und dürfen darüber nur nach Anweisung des Magistrats verfügen. Die Platzhändler haben für den Kleinhandel ständig genügende Mengen Brennstoffe auf Lager zu halten. Welche Mengen Brennstoffe im einzelnen von diesen Platzhändlern vorrätig zu halten sind, bestimmt der Magistrat.

Die Ausfuhr von Brennstoffen, abgesehen von Umschlags- und Durchgangsmengen, ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig.

3. Regelung des Bezuges.

Die Kohlenkarten werden für einen bestimmten Zeitraum ausgestellt und berechtigen aus einem Hauptstück und einer entsprechenden Anzahl von Abschnitten. Sie lauten auf 15, 30 und 45 Zentner und sind in verschiedenen Farben gedruckt.

Ist für einen Haushalt eine noch höhere Zuweisung nötig, so werden ihm zwei oder mehr Karten zugeteilt, die zusammen die zugelassene Summe ergeben und von denen eine als Zusatzkarte gekennzeichnet ist. Diese Zusatzkarte kann nur zusammen mit der Hauptkarte verwendet werden.

Das Hauptstück der Kohlenkarte nennt den Bezugsberechtigten. Die zugeteilte Bezugsmenge ist nach Braunkohlenbriketts berechnet. Sie gilt in derselben Höhe für alle übrigen Brennstoffe, ohne daß eine besondere Umrechnung nach dem Heizwerte stattfindet. Die einzelnen Abschnitte gelten nur für den aufgedruckten Zeitraum und sind für die Entnahme der für diesen Zeitraum zulässigen Kohlenmengen bestimmt. Als geringster Jahresbedarf für einen Haushalt sind 30 Zentner festgesetzt, soweit nicht ein geringerer Bedarf angefordert wird. Kohlenmarken, die in dem Zeitabschnitt, für sie sie gelten, nicht zur Belieferung vorgelegt sind, sind verfallen.

Untermieter, Einmieter, Schlafgänger usw., die keine eigene Wohnung inne haben, sondern zu einer anderen Haushaltung gehören, erhalten keine Kohlenkarten; dagegen kann der Obermieter zur angemessenen Versorgung seiner Untermieter auf Antrag eine entsprechende Kohlenkarte erhalten. Bei Zentral- und Stockwerksheizungen gilt nur der Heizungsverpflichtete als Verbraucher, doch kann für Wasch- und Küchenzwecke eine Kohlenkarte besonders bewilligt werden.

Für die Zuteilung der zuständigen Kohlenmengen bildet nicht die Zahl der den Verbrauchern tatsächlich zur Verfügung stehenden heizbaren Räume, sondern nur die Zahl der notwendigen Räume den Maßstab, wobei wiederum Zahl, Alter und Geschlecht der darin sich aufhaltenden Personen und die Benutzungszwecke die Grundlage abgeben. Besondere Fälle, welche die nachträgliche Erteilung einer Zusatzkarte rechtfertigen, sind zu melden und glaubhaft zu machen.

4. Regelung des Verbrauches.

Der Magistrat gibt jeweils bekannt, für welche Wochen Brennstoffe bezogen werden können. Für die Lieferung der zugeteilten Mengen wird eine Gewähr nicht geleistet; sie richtet sich vielmehr nach der der Verteilungsstelle zur Verfügung stehenden Menge von Brennstoffen.

Wer ganz oder teilweise mit Brennstoffen eingedeckt ist, erhält eine in Höhe der Eindeckung beschränkte Kohlenkarte. Wer größere Mengen bezogen hat, als er beziehen darf, hat diese Mengen, die als beschlagnahmt gelten, zur Verfügung des Magistrats zu halten und darf sie nicht verbrauchen oder verbrauchen lassen. Die beschlagnahmten Kohlenmengen sind von dem zur Abgabe Verpflichteten auf eigene Kosten nach den Anweisungen des Magistrats an die von diesem bestimmten Stellen zu liefern oder an die vom Magistrat ausdrücklich bezeichneten Personen abzugeben.

Als Entschädigung für die auf diese Weise abzuliefernden zurzeit eingedeckten Kohlenmengen ist vom Abnehmer lediglich der jeweilige Höchstpreis, wenn ein solcher nicht ausdrücklich festgesetzt ist, der ortsübliche Handelspreis zu zahlen.

Der Magistrat ist berechtigt, durch Beauftragte bei den Kohlenhändlern und Verbrauchern nachprüfen zu lassen, ob nicht mehr als die zulässige Menge vorhanden und bezogen oder verbraucht ist. Die Kohlenhändler und Verbraucher sind verpflichtet, ohne besondere Nachfrage den Beauftragten alle Behältnisse zu zeigen, in denen Kohlen lagern, und anzugeben, wo etwa sonst bezogene Vorräte sich befinden. Sie haben alle Handlungen vorzunehmen, die dem Beauftragten die Vornahme der Nachprüfung erleichtern können, und die Erklärung abzugeben, daß sie weitere Brennstoffmengen, als die vorgezeigten, nicht haben.

5. Kohlenbezugsscheine.

a) Kohlenbezugsscheine des Reichskommissars für die Kohlenverteilung werden nur an Händler und Großverbraucher abgegeben, die die Brennstoffe mit der Bahn oder auf dem Wassermege beziehen. Für diese Bezugsscheine gelten ins besondere die Bestimmungen der §§ 8 ff. der Bekanntmachung über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 30. März 1918. Über sie wird vom Magistrat eine besondere Liste geführt, aus der sich ergibt, wem die Bezugsscheine ausgestellt worden sind, über welche Mengen sie lauten und an welche Verbraucher die auf die Bezugsscheine bezogenen Brennstoffe weitergegeben sind.

b) Allen denjenigen, die es vorziehen, sich im ganzen eindecken, erteilt der Magistrat auf Antrag Bezugsscheine bis zur ganzen Jahresmenge, die nach denselben Grundsätzen berechnet wird, wie die Zuteilung auf Kohlenkarte.

Die Ausgabe und Belieferung der Scheine erfolgt in der vom Magistrat vorgeschriebenen Reihenfolge. In besonders begründeten Fällen kann der Magistrat Ausnahmen zulassen.

6. Regelung der Lieferung.

Die Kohlenhändler dürfen nur nach den Anweisungen des Magistrats und nur gegen Hingabe der vom Magistrat zur Belieferung freigegebenen Magistratsbezugsscheine oder unter Vorlage der ganzen Kohlenkarte gegen den jeweils zum Bezuge freigegebenen Kartenabschnitt liefern. Sie haben die abgenommenen Bezugsscheine und die Abschnitte der Kohlenkarten, diese gesondert nach Farben, gebündelt zu hundert Stück in verschlossenem, mit der Firmenbezeichnung versehenem Briefumschlag, auf ausgefülltem Verkaufsbericht laut Vordruck an jedem Montag für die vorhergehende Woche in der Kohlenverteilungsstelle abzugeben.

Ein Verkauf ab Bahngleis und außerhalb der ordnungsmäßig festgesetzten Verkaufsstellen des Kohlenhandels ist verboten.

7. Verbot der Weitergabe von Bezugscheinen und Kohlenkarten, sowie von Vorräten.

Die Kohlenbezugscheine und Kohlenkarten sind nicht übertragbar. Wer solche findet, oder auf anderem Wege als durch den Magistrat erhält, hat sie bei diesem sofort abzugeben. Die Verwendung der den Verbrauchern zugewiesenen Brennstoffe ist nur für den Zweck zulässig, für den sie beantragt sind, und nur für den eigenen Verbrauch. Anderweite Verwendung geschieht auf Gefahr des Verbrauchers. Nachlieferungen oder Ersatz anderweit verwendeter Brennstoffe sind ausgeschlossen. Die entgeltliche Weitergabe ist strafbar.

Eine Nachlieferung für verfallene Kohlenkarten oder Bezugsscheine ist unzulässig.

8. Ausführungsanweisung.

Die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung erläßt der Magistrat.

9. Zuwiderhandlungen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sowie gegen die vom Magistrat hierzu erlassenen Ausführungsanweisungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Gewerbetreibenden und Fuhrhalter haben außerdem die sofortige Schließung ihres Betriebes wegen Unzuverlässigkeit zu gewärtigen.

10. Inkrafttreten.

Diese Verordnung tritt sofort anstelle der Verordnung über die Brennstoffverteilung der Stadt Merseburg vom 10. Sept. 1918, die hierdurch aufgehoben wird, in Kraft.

Merseburg, den 26. Juni 1919.
L. A. II. 1831/19. Der Magistrat.

Ausführungsanweisung zur Brennstoffverteilungsordnung der Stadt Merseburg vom 26. Juni 1919

Auf Grund des Abschnitts VIII der Brennstoffverteilungsordnung vom 26. Juni 1919 — L. A. II 1831/19 — wird zur Durchführung dieser Verordnung für den Bezirk der Stadt Merseburg folgendes angeordnet.

Punkt 1.
Beschlagnahme.

Alle bisher auf Bezugscheine der Stadt Merseburg für das Brennstoffversorgungsjahr 1919/20 (1. Mai 1919 bis 30. April 1920) eingeführten Kohlenmengen werden zu Gunsten der Stadt Merseburg hierdurch insoweit beschlagnahmt, als die Menge 50 Ztr. je Haushalt übersteigt. Die Haushaltungsvorstände dürfen die beschlagnahmten Mengen nicht verbrauchen oder verbrauchen lassen, sondern müssen sie bis auf anderweite Anordnung des Magistrats diesem zur Verfügung halten.

Punkt 2.
Versorgung der Kleinverbraucher auf Kohlenkarte.

Sämtliche Inhaber von Kohlengeschäften, sowie alle Personen, die sonst die Anfuhr und den Verkauf von Brennstoffen gewerblich betreiben, sind verpflichtet, mindestens die Hälfte derjenigen Mengen, die sie im Laufe einer jeden Woche nach Merseburg einführen, im Kleinverkauf auf Kohlenkarte abzugeben und dies bei der wöchentlichen Abrechnung der Kohlenverteilungsstelle nachzuweisen. Die Händler erhalten zur Deckung des Bedarfs der Kleinverbraucher auf Kohlenkarten besondere Brennstoffbezugscheine, die vorzugsweise zu beliefern sind. Weitere Vorzugsscheine werden erst dann ausgegeben, wenn die im Kleinverkauf ausgegebenen Mengen durch Kohlenmarken belegt sind.

Punkt 3.
Reihenweise Ausgabe von Bezugsscheinen.

Alle noch versorgungsberechtigten Haushaltungen, Gewerbebetriebe, Behörden, Anstalten usw., welche nicht im Kleinverkauf ihren Bedarf decken wollen, erhalten Bezugscheine über Teilmengen bis zu 50 Ztr. (je nach der Höhe des zugelassenen Jahresverbrauchs) ausgefertigt.

Die Bezugscheine werden in Reihen von verschiedener Farbe ausgegeben. Jeder Versorgungsberechtigte, der nachweislich in diesem Jahre Brennstoffe noch nicht bezogen hat, oder dessen Vorräte nicht mehr als 25 Ztr. betragen, erhält zunächst einen Bezugschein der Reihe 1 (rot) und für den weiteren Bedarf Scheine der Reihe 2 (blau) oder Reihe 3 (grün) usw.

Für größere Verbraucher (Behörden, Anstalten, Gewerbebetriebe usw.) bestehen besondere Ausnahmen. Die Ausgabe der Bezugscheine erfolgt reihenweise in der städtischen Kohlenverteilungsstelle, Karlstraße Nr. 4, nach den Anweisungen des Magistrats.

Punkt 4.
Belieferung der Bezugscheine nach der Reihenfolge.

Die Belieferung der vom Magistrat ausgegebenen Bezugscheine hat der Reihe nach zu erfolgen, in erster Linie also an die Inhaber der Reihe 1. Auf Bezugscheine der Reihe 2 dürfen erst dann Brennstoffe abgegeben werden, wenn sämtliche Bezugscheine der Reihe 1 beliefert sind usw. Sobald die Bezugscheine der nächsten Reihe zur Belieferung freigegeben sind, wird dies rechtzeitig vorher vom Magistrat in den Tageszeitungen bekannt gegeben.

Den liefernden Werken, Großhändlern und Kleinhändlern ist verboten, Brennstoffe auf Bezugscheine abzugeben, die noch nicht zur Belieferung an der Reihe sind.

Den Händlern, Fuhrunternehmern oder Privaten ist ausdrücklich verboten Brennstoffe bei den liefernden Werken auf Grund von Bezugscheinen abzufordern, die noch nicht zur Belieferung an der Reihe sind.

Punkt 5.
Regelung des Verkehrs.

Die Brennstoff-Bezugscheine bestehen aus einem Hauptstück und einem Kontroll-Abschnitt.

Beide sind den liefernden Werken oder Händlern abzugeben. Die Hauptstücke behält beim Bezuge im Landablauf das liefernde Werk zurück und sendet sie, mit dem Liefervermerk versehen, an den Magistrat zurück.

Der Kontroll Abschnitt ist von dem liefernden Werke abzutrennen und, entsprechend ausgefüllt, dem Abholer als Beleg zurückzugeben. Der Abschnitt dient im Falle der Beschlagnahme beim Eintritt in den Stadtbezirk als Ausweis.

Beim Bezuge aus Bahnladungen hat der liefernde Händler wie vorstehend zu verfahren.

Die Abschnitte sind von den Händlern, Fuhrunternehmern und Privaten sofort, spätestens innerhalb 24 Stunden nach Empfang der Brennstoffe an die städtische Kohlenverteilung zur Nachprüfung abzuliefern.

Es ist streng verboten, Brennstoffe ohne Eingabe des Bezugscheins abzufordern oder abzugeben.

Der Magistrat behält sich vor, alle in den Stadtbezirk Merseburg eingeführten Kohlenmengen (sowohl von Händlern als auch von Privaten) zu beschlagnahmen. In diesem Falle sind die eingeführten Kohlenmengen sofort an die vom Magistrat bezeichneten Stellen abzuliefern.

Punkt 6.
Ungültigkeit der bisherigen Bezugscheine.

Die bisher im Umlauf befindlichen, vom Magistrat ausgefertigten Kohlenbezugscheine verlieren mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Anordnung ihre Gültigkeit.

Auf diese Scheine dürfen daher von diesem Tage an Brennstoffe weder abgegeben noch angefordert werden.

Die etwa im Besitz der Gruben oder Händler usw. befindlichen ungültigen Bezugscheine sind dem Empfangsberechtigten zurückzugeben, der zu ihrer Ablieferung an die städtische Kohlenverteilung verpflichtet ist.

Die Ausfertigung neuer Brennstoff-Bezugscheine (Punkt 3) erfolgt vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab nur gegen Mitgabe der ungültigen Bezugscheine nach besonderer Bekanntmachung des Magistrats.

Punkt 7.
Zuwiderhandlungen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach Punkt 9 der Brennstoffverteilungsordnung der Stadt Merseburg vom 26. Juni 1919 — L A II 1831/19 — bestraft.

Punkt 8.
Inkrafttreten.

Diese Ausführungsbestimmung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Anordnung vom 15. Juni 1919 — L A II 1762/19 — außer Kraft.

Merseburg, den 26. Juni 1919.
L A II 1832/19. Der Magistrat.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.

Ziehung der 1. Klasse am 15. und 16. Juli.

Lose	1/8	1/4	1/2	1/1
für 1. Kl.:	5.25 M.	10.50 M.	21.00 M.	42.00 M.
für alle 5 Kl.	26.25 M.	52.50 M.	105.— M.	210.00 M.

Raymond, Preuß. Lotterie-Einnehmer, Halleische Straße 25.

Freiwillige
für
Eisenbahntruppen
(Reichswehr)

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen, sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Handwerker werden bevorzugt.

Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften:
a) mobile Löhnung nach Dienstgraden,
b) eine Reichswehrzulage von z. Zt. 5,— Mark,
c) Löhnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich:
1. Militärpapiere,
2. polizeiliches Führungszeugnis,
3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).

Meldung und Auskunft:
Werbestelle für Eisenbahntruppen Magdeburg,
Am Sudenburger Tor, Baracke E.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei
Nervenschwäche, Magen-Darm, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Ischias, Hautleiden usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104 105.

Am Dienstag, den 8. d. M., steht wieder eine große Auswahl erstklassiger belgischer, dänischer u. oldenburger

Acker- u. Wagen-Pferde

zum Verkauf. Darunter befinden sich mehrere

Zucht- und tragende Stuten.

Fritz Raspe, Merseburg, Gasthof „Zur Stadt Leipzig".
— Telephon 607. —

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 148 — Dienstag, den 8. Juli 1919. — 45. Jahrg.

Die Entente in der Entente.

Nachdem im Spiegelsaal zu Versailles der Friedensvertrag unterschrieben war, begaben sich Wilson, Clemenceau und Lloyd George in ein anschließendes Gemach, um hier noch einen Sondervertrag zu unterschreiben, über den man sich anfangs vorsichtigerweise ausschwieg, der aber nichtsdestoweniger die Absichten unserer bisherigen Gegner in das helle Licht des Tages stellt. Es galt nicht mehr und nicht weniger als die Vereinigung der Entente, es galt eine Entente in der Entente zu gründen, und nichts ändert an dieser Tatsache die Bezeichnung „Garantievertrag", die man der neuen Koalition beilegte. Frankreich hat zweifellos auf diesem Vertrag bestanden, weil seine Forderungen über das linke Rheinufer so weitgehend waren, daß sie von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden konnten. Clemenceau hielt auch diesen Vertrag für eine der Sicherungen, von denen wir nun bereits genügend kennen gelernt haben.

Es ist eigentlich sehr ehrenvoll für uns, daß Clemenceau an Sicherungen gar nicht genug schaffen kann. Aber in Wirklichkeit liegt ja die Sache viel tiefer, in Wirklichkeit bedeutet eben dieser Vertrag die neue völkerbundsfeindliche Koalition. Es ist ein blutiger Hohn, daß Wilson, der sich doch so oft gegen irgendwelche Koalitionen im Völkerbund ausgesprochen hat, als erster an dieser neuen politischen Konstellation der Mächte mitwirkt. Aber nachdem er doch so offensichtlich von seinen übrigen Grundsätzen abgewichen ist oder abweichen mußte, wird ihm diese Änderung seiner Anschauung ja auch nicht viel Sorgen gemacht haben. Anders denkt man freilich über die Sache in Amerika selbst, denn durch diesen Vertrag ist Amerika immer an das Schicksal Europas gekettet, eine Angelegenheit, für die man sich in den Vereinigten Staaten bisher immer bedankt hat. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Schar derer, die in Amerika Gegner dieses Friedensvertrages sind, nicht an dem Bündnis so entschedenb Anstoß nehmen, daß sie den Friedensvertrag, der ja gleichzeitig mit diesem Garantievertrag ratifiziert werden soll, doch noch ablehnen. Man wird zwar als Trostmittel anführen, daß ein solcher Vertrag mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vielleicht sein Ende finden würde, aber man muß diese Hoffnung doch mit einem großen Fragezeichen versehen. Nach der Havasveröffentlichung soll als feindlicher Akt schon gelten, wenn Deutschland nach der Ansicht der Alliierten die sich auf die Rheinlande beziehenden Vertragsbestimmungen verletzt. Schon daraus ersehen wir, daß es sich nicht um einen Garantievertrag handeln kann, sondern um einen Vertrag, der als politisches Macht- und Druckmittel ausgenützt werden soll. Nach diesem Vertrag ist der Frieden nichts weiter, als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Deutschland und die Alliierten.

Vor der Ratifizierung des Friedens.

Lersner Vorsitzender der Friedensdelegation.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat von Lersner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Zu Anfrage des Reichsministers des Äußern beehre ich mich, Ew. Exellenz anzuzeigen, daß ich zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ernannt worden bin. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Frh. von Lersner."

Eine deutsche Anfrage an Clemenceau.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Legationsrat Frh. von Lersner, sandte dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die besetzten Gebiete zu ratifizieren sind. Ew. Exellenz darf ich um Äußerung bitten, ob die alliierten und assoziierten Mächte diese Auffassung teilen. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifizierung des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutscherseits geschehen. Alsdann müßten für den Friedensvertrag und das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde, für die Vereinbarung eine zweite Ratifikationsurkunde ausgefertigt werden. Ew. Exzellenz würden mich durch eine baldige Antwort zu Dank verpflichten."

Neueste Nachrichten.

Zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Allgemeine Ztg." läßt sich zur Auslieferungsfrage des ehemaligen deutschen Kaisers und der deutschen Offiziere aus dem Haag melden: Nach amerikanischen Meldungen hat die Mitteilung Lloyd Georges, daß der Kaiser in London vor ein Gericht gestellt werden solle, die amerikanischen Delegierten der Friedensabordnung in Erstaunen gesetzt. Sie hätten nichts davon gehört, daß Wilson diesem Beschluß zugestimmt habe. Jedenfalls habe dann Wilson vergessen, die Delegierten hiervon in Kenntnis zu setzen. Auch wegen der auszuliefernden Offiziere sei noch nichts getan worden. Präsident Wilson habe am Tage der Abreise geäußert, daß noch kein bestimmter Beschluß gefaßt sei bezüglich der Ausführung der Strafbestimmungen des Friedensvertrages.

Ausdehnung der Revolution in Italien.

Basel, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Die aus Oberitalien einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Arbeiterbewegung in den oberitalienischen Städten bereits begonnen hat, einen ausgesprochenen politischen Charakter anzunehmen. Nicht nur in Florenz hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, sondern auch in Bologna und in zahlreichen Städten der Distrikte Toskana und Romagna. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben sich der politischen Gewalt bemächtigt und es ist jetzt eine immer mehr um sich greifende Bewegung in den Provinzen im Gange, um die Zentralregierung zu stürzen. Die Regierung versuchte, mit Truppen der Bewegung Herr zu werden. Diese aber warfen ihre Waffen weg und die Offiziere wurden zusammen gefangen gesetzt. Auch in Rom ist es bereits zu Lebensmittelunruhen gekommen. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung flüchtet und sucht französische Häfen zu erreichen.

Hierzu wird uns noch aus Lugano, 7. Juli, gemeldet: Die revolutionäre Bewegung in Ober- und Mittelitalien dauert an. In Florenz wurden mehrere hundert Personen, die sich an den Protesten beteiligten, verhaftet. Es sind darauf erneute Unruhen und Plünderungen vorgekommen. In einigen Stadtteilen wurde Feuer angelegt. Auch am gestrigen Sonntag fanden in Florenz große Kundgebungen der Republikaner und Sozialisten statt, über deren Verlauf noch nichts bekannt geworden ist. Die Arbeiteraufschüsse regnirieren weiter auf eigene Faust auf dem Lande Lebensmittel. Der Präfekt der Provinz ist zur Disposition gestellt. Die Zeitungen erscheinen nicht. In Brescia wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei zahlreiche Personen verwundet. In Bologna herrscht großer Lebensmittelmangel. In Genua brachen die Gewerkschaften den Generalstreik an. Der Zentralverband der italienischen Hafenarbeiter kündigte den Sympathiestreik an, zugunsten der streikenden Hafenarbeiter in Brescia, wenn deren Bedingungen nicht erfüllt würden.

Waffenruhe im Eisenbahnerstreik!

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Im Eisenbahnerstreik scheint nach den letzten Nachrichten Waffenruhe eingetreten zu sein. Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. und in Darmstadt ist wieder aufgenommen worden. Auch in Hannover scheinen die Arbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen. Wie sich der Streik in Hamburg entwickeln wird, läßt sich noch nicht sagen, da die Versammlung der Vertrauensmänner der Hamburger Eisenbahner erst heute nachmittag stattfindet. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist der Ansicht, daß es bald zu neuen Eisenbahnerunruhen kommen wird, sobald die sogenannte geheime Streikleitung den Augenblick hierzu für gegeben erachtet. Seit Aufhebung der Streiks hat sich die Lebensmittelversorgung Berlins gebessert, was sich besonders in der Milchlieferung bemerkbar macht. Leider haben sich streikende Eisenbahnarbeiter im Hannoverschen Bezirk zu Akten der Sabotage hinreißen lassen. Sowohl auf der Strecke Hannover—Linden wie auf der Linie Hannover—Göttingen haben die Streikenden auf offener Strecke Waggons abgekoppelt und stehen lassen, um so jeden Transport unmöglich zu machen. Ebenso haben sie Arbeiter aus den Stellwerken herausgeholt. Der Bahnhof in Hannover wurde militärisch besetzt. Mit militärischen Kräften sollen auch die Strecken wieder frei gemacht werden. Auch der Bahnhof in Lehrte ist von Regierungstruppen besetzt worden.

Aus Hannover, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Durch wird uns noch gemeldet: Rast Lahmlegung des Betriebes von Hannover nach Hamburg, Berlin und Braunschweig haben die streikenden Eisenbahnarbeiter auch den Verkehr nach Wunstorf und Nordstemmen stark beeinträchtigt.

Der Geßlerhut der Franzosen.

Stuttgart, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Die Badische Landeszeitung meldet aus Mannheim: Auf der Ludwigshafener Seite der Rheinbrücke hier haben die Franzosen seit gestern eine Art Geßlerhut errichtet. Die Schulkinde wurden angewiesen, vor der französischen Fahne, die jeden Morgen hochgezogen wird, zu salutieren. Sogar die Schulkinde, die für die Ordnung zu sorgen haben, haben sich dieser Anordnung zu fügen. Inzwischen wurde dieser Befehl noch erweitert und auch die Passanten der Brücke müssen nunmehr die feindliche Fahne grüßen.

Die Franzosen setzen den Markkurs herab.

Karlsruhe, 7. Juli. (Priv.-Telegr.) Der Kurs der deutschen Mark ist für das Gebiet der 8. französischen Armee — Rheinpfalz — von 48 auf 40 Centimes herabgesetzt worden.

Etwa 8000 Gefangene und Kranke, welche im Saarbecken und in der Pfalz beheimatet sind, sind bisher aus Frankreich eingetroffen. Die Heimschaffung wird fortgesetzt, und zwar werden im Laufe der beiden nächsten Wochen auch solche Gefangene zurückbefördert, welche in der Gegend von Mainz, Worms usw. beheimatet sind. Die im Saarbecken eingetroffenen Gefangenen sagen aus, daß sie bei den Franzosen eine vorzugsweise Behandlung gegenüber den anderen deutschen Gefangenen genossen haben.

Die Sicherheitstruppen bleiben in der neutralen Zone.

Marschall Foch hat sich mit dem Verbleiben der gegenwärtig in der neutralen Zone befindlichen deutschen Sicherheitstruppen einverstanden erklärt.

Freie Bahn für den Handel.

Der „Daily News" zufolge hat die englische Regierung gestattet, daß die in England befindlichen Filialen deutscher Firmen wieder eröffnet werden und daß der Privattelegramm- und Handelsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und ihren englischen Filialen ungehindert vor sich gehen soll.

Aus dem Haag wird uns gedrahtet, daß die auf Befehl der Entente eingerichtete holländische Handelskontrollgesellschaft, die eine Blockadeinstitution gegen Deutschland bildete, in der nächsten Woche aufgehoben werden wird. Damit wird dann die freie Warenausfuhr über die holländische Grenze nach Deutschland freigegeben werden.

China unterzeichnet.

„Nieuws van den Dag" meldet aus Paris, daß die chinesische Delegation telegraphisch angewiesen wurde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und daß China damit in den Völkerbund aufgenommen werden kann.

Lansing demissioniert?

Nach einer Meldung aus London behauptet der New Yorker Korrespondent der „Daily News", daß der amerikanische Minister des Äußern Lansing seine Demission als Mitglied der amerikanischen Friedensabordnung eingereicht habe. Sein Gesuch erregt in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen. Auch Oberst House, der jetzt nach London gereist ist, anstatt mit dem Präsidenten Wilson heimzukehren; werde allem Anschein nach nicht wieder an der Friedenskonferenz teilnehmen. Man befürchtet, daß die Vereinigten Staaten dadurch viel an Einfluß auf die Friedensverhandlungen einbüßen werden. Nach einer weiteren Meldung hat Wilson Lansing radiotelegraphisch zur Rückreise nach Amerika aufgefordert.

Rumänien im Gegensatz zu seinen Verbündeten.

Nach einer Drahtmeldung aus Genf hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu am Freitag Paris verlassen, um nach Bukarest zurückzukehren und dem König Ferdinand die Demission des Kabinetts zu überreichen. Wie die französischen Zeitungen mitteilen, handelt es sich um einen schweren Konflikt zwischen Rumänien und den Großmächten der Friedenskonferenz. Die Rumänen lehnen sich nicht nur gegen die neue Abgrenzung auf, sondern vor allem gegen die Absicht der Friedenskonferenz, in den Friedensvertrag mit Österreich die Klausel einzufügen, daß die Minderheiten des ehemaligen österreichisch-ungarischen Gebiets unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Diese Bestimmung dürfte zur Folge haben, daß die Gebiete mit ungarischer und deutscher Bevölkerung, die Rumänien zugesprochen werden, in Wirklichkeit unter den Schutz des Völkerbundes kommen. Rumänien erblickt darin eine Einschränkung seiner eigenen Unabhängigkeit.

Lloyd George und der Frieden von Versailles.

Auf jeden vornehm denkenden Menschen wirkt es unsäglich abstoßend, wenn sich jemand laut mit einem Siege und Erfolge brüstet, noch widerlicher ist es freilich, wenn jemand angesichts des wehrlos am Boden liegenden Besiegten ein lautes Triumphgeheul ausstößt. Das hat Lloyd George am Donnerstag im englischen Unterhause getan, als er in einer Rede, die wir bereits im Auszug wiedergegeben haben, sich lärmend seines Sieges über Deutschland gerühmt hat. Aus der jetzt im Wortlaut vorliegenden Rede sei folgendes noch wörtlich angeführt. Lloyd George sagte:

„Deutschlands Herrscher, der beinahe 30 Jahre die Macht in Händen hatte, ist nun ein Flüchtling, der bald vor einen Gerichtshof gestellt werden wird, dessen Mitglieder Vertreter derjenigen Länder sind, die er einzuschüchtern trachtete. Die Deutschland auferlegten Kriegslasten bedeuten mehr als die bloße Verpflichtung, Entschädigungen an die durch den Krieg besonders mitgenommenen Staaten zu zahlen. Es ist kein Zweifel darüber: Diese Bedingungen sind außerordentlich hart, aber sie sind auch gerecht. Wenn Deutschland Gebiete weggenommen worden sind, so war dies lediglich ein Akt der Wiederherstellung. Elsaß-Lothringen wurde mit Gewalt von einem Lande getrennt und einem anderen zugeteilt, dem die Bevölkerung nicht zugeneigt war. War es denn eine Ungerechtigkeit, diese Bevölkerung wieder zum ersten Staat zurückzubringen? Dann die schleswig-holsteinische Frage, der niederträchtigste aller Rechtsbrüche der Hohenzollern. Ich bin froh darüber, daß es nun doch zu einer Herstellung Schleswig-Holsteins gekommen ist."

Zu Polen sich wendend, sagte Lloyd George, daß die Polen außer Zweifel die Opfer der russischen und österreichischen Autokratie gewesen sind. Durch diesen Vertrag wird aufs neue die polnische Flagge über einem freien Volke gehißt. Lloyd George kam dann auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Danzig und derjenigen Gebiete zu sprechen, die geistig nicht zu Deutschland gehören.

„Ich frage jedes Mitglied dieses Hauses", fuhr Lloyd George fort, „ob wir eine Gebietsveränderung bezüglich Deutschlands vorgenommen haben, die nach dem Prinzip der Anständigkeit auch nur im geringsten als ein Unrecht angesehen werden könnte. Was die Entschädigung anbetrifft, so hätte es vollständig im Einklang mit der zwiespältigen Rechtsauffassung gestanden, wenn man Deutschland die ganzen Kriegskosten auferlegt hätte. Es gab aber eine Grenze für die Gerechtigkeit, die Weisheit, für die Feststellung der Entschädigung, die wir verlangen konnten, und das war die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Was die Kolonien betrifft, so steht fest, daß Deutschland in verschiedenen Teilen Eingeborene schlecht behandelte. Südwestafrika wurde von Deutschland dazu benutzt, um von dort aus zu Aufständen aufzustachen und Unruhen in den anderen Gebieten hervorzurufen. Andere Kolonien dienten als Basis, den Handel der übrigen Länder zu bedrohen und auszuschalten."

Wenn Lloyd George die bisherige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage als den „niederträchtigsten Rechtsbruch der Hohenzollern" bezeichnete, so zeigt er hier, daß er dieser schleswig-holsteinischen Frage mit den Kenntnissen eines politischen Wickelkindes gegenübersteht. Nicht die Hohenzollern haben Schleswig-Holstein von Dänemark gelöst, sondern das schleswig-holsteinische Volk selber hat in drei schweren Kriegsjahren den Kampf um sein gutes Recht — das von der Entente so prahlerisch verkündete und dann so niederträchtig preisgegebene Recht der Selbstbestimmung — gegen Dänemark geführt und unterlag, weil es von Preußen, von den Hohenzollern im Stiche gelassen wurde. Das ist die geschichtliche Wahrheit. Und wenn der englische Premierminister davon spricht, „die polnische Flagge werde über einem freien Volke gehißt", so ist auch das ein dreister Schwindel. Die polnische Flagge wird nämlich in Posen und Westpreußen über einer entrechteten, verratenen und mit Füßen getretenen deutschen Bevölkerung gehißt. Das ist die historische Wahrheit, die wir der Entente täglich dreimal vor Augen halten müssen.

Und wenn Lloyd George schließlich davon salbadert, daß Deutschland in seinen Kolonien die Eingeborenen schlecht behandelt habe, so beschränkt er das ja selber sofort auf Deutsch-Südwestafrika, wo Deutschland der südafrikanischen Union gefährlich zu werden drohte. Was nun aber die Behandlung der Eingeborenen angeht, so wollen wir doch den alten Heuchler nur an drei Namen erinnern, die mit blutigen Lettern in der Geschichte Englands verzeichnet stehen: Indien, Ägypten und Irland, deren Einwohner allesamt hungern und darben müssen, damit der englischen Weltherrschaft dauernd neue Kräfte zugeführt werden. Ein Land das dieses Skelett im Hause hat, sollte es sorgfältig vermeiden, die Frage der Eingeborenenbehandlung überhaupt nur anzuschneiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190708-19/fragment/page=0007